



Nei engagéiere fir eis Zukunft



2019
GRÉNGEN
EU WAHLPROGRAMM

Inhaltsverzeichnis

MIT EUROPA UNSEREN PLANETEN RETTEN	2
Das Pariser Klimaabkommen auf europäischer Ebene umsetzen	2
Europa zur Nummer 1 bei Erneuerbaren Energien und Energieeinsparungen machen	3
Das Ende der fossilen Energien besiegeln	4
Definitiv raus aus der Atomenergie	4
MIT EUROPA UNSEREN NATÜRLICHEN REICHTUM ERHALTEN	6
Ambitioniert vorgehen für reine Luft in unseren Städten und Dörfern	6
Sauberes Wasser garantieren	7
Raus aus der Wegwerfgesellschaft	7
Konsequent vorgehen gegen Plastikmüll	8
Gesundheitsschutz stärken	9
MIT EUROPA WOHLSTAND SCHAFFEN UND GERECHTER VERTEILEN	10
Sozialen Fortschritt gemeinsam organisieren	10
Digitalisierung sozial-ökologisch gestalten	11
Künstliche Intelligenz und Robotisierung Made in Europe	12
Reform der Eurozone	13
Innovation und Forschung fördern	15
Europa zum Vorreiter in nachhaltiger Mobilität machen	15
MIT EUROPA FREIHEIT, DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE VERTEIDIGEN	17
Demokratie stärken	17
Vertrauen in die Europäischen Institutionen wiederherstellen	19
Bildung und Austausch	21
Ein Europa der Gleichberechtigung schaffen	22
Inklusive Gesellschaft fördern	23
Barrierefreie Partizipation ermöglichen	24
MIT EUROPA VERANTWORTUNG IN DER WELT ÜBERNEHMEN	25
Für eine feministische Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik	25
Für eine partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit	26
Für eine Reform des Weltsicherheitsrats	26
Für zivile und diplomatische Krisenprävention und Konfliktlösung	27
Für einen fairen und offenen Welthandel	28
Für eine engagierte EU-Nachbarschaftspolitik	29
Für eine humane Asyl- und Einwanderungspolitik	30
MIT EUROPA FÜR TIERE UND TIERRECHTE EINTRETEN	32
Ende der Intensiv- und Massentierhaltung einleiten	32
Tiertransporte reduzieren und Lebendexporte beenden	33
Ausstieg aus den Tierversuchen fördern	33
Mehr Schutz für Haus- und Straßentiere garantieren	33
Wildtiere schützen	34
MIT EUROPA DIE AGRARPOLITIK GRÜNER MACHEN	35
Unterstützung der Betriebe gezielt stärken	35
Zugang zu Boden sichern	36
Gesundes Essen herstellen – Biologisch, regional und nachhaltig	36
Pestizide konsequent reduzieren und Gentechnik verbieten	37

Mit Europa unseren Planeten retten

Wir treten ein für eine ehrgeizige europäische Klimaschutzpolitik, eine Politik die sich für einen gesunden Planeten und den Erhalt unserer Lebensgrundlagen einsetzt, auch im Hinblick auf die Bedürfnisse und Rechte zukünftiger Generationen.

Das auf der Pariser Weltklimakonferenz ausgehandelte Weltklimaabkommen, welches nicht zuletzt dank der Europäischen Union und insbesondere dank der luxemburgischen Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union abgeschlossen werden konnte, dient als gemeinsamer Handlungsrahmen und als Gradmesser für die Bekämpfung der Klimakrise, und muss schnellstmöglich umgesetzt werden.

Wir müssen dringend alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die globale Erwärmung bis Ende des Jahrhunderts auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Der jüngste Bericht des Weltklimarates der UN (IPCC) von Oktober 2018 macht deutlich, dass alle technologischen Mittel bereits existieren, um dieses Ziel zu erreichen, aber nur, wenn der politische Wille besteht, um sie schnell einzusetzen. Angesichts der dramatischen Klimakrise können wir es uns nicht leisten, die notwendigen Maßnahmen weiterhin auf morgen zu verschieben. Als Grüne sind wir überzeugt, dass die notwendigen, tiefgreifenden Transformationen auch Chancen auf eine gerechtere Gesellschaft und eine bessere Vermögensverteilung bieten.

Das Pariser Klimaabkommen auf europäischer Ebene umsetzen

Das im Pariser Abkommen festgelegte Ziel ist es, so schnell wie möglich eine kohlenstofffreie, klimaneutrale Weltwirtschaft zu erreichen. Die Europäische Union muss sich dieser Herausforderung stellen. In Anbetracht unserer historischen Verantwortung für die globalen Treibhausgasemissionen und unseres wirtschaftlichen Wohlstands wollen und müssen wir die Ersten sein, die eine vollständige Dekarbonisierung ihrer Wirtschaft erreichen, spätestens bis 2050 und idealerweise bereits ab 2040.

Die bisher in der Europäischen Union erreichten CO₂-Emissionsminderungen sind ermutigend, aber immer noch zu gering um die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens zu erreichen. Um die langfristige Vision der Treibhausgas-Neutralität bis 2050 zu verwirklichen, müssen wir uns bereits für das Jahr 2030 anspruchsvolle Ziele setzen: mindestens 55% weniger Treibhausgasemissionen. Das 40%-Ziel, welches die Europäische Union sich 2014 gesetzt hat, ist nicht ausreichend und muss nach oben revidiert werden. Nur so haben wir eine Chance, dem Pariser Übereinkommen nachzukommen. 2023 wird auf UN-Ebene der nächste weltweite "Überprüfungsdialog" stattfinden, bei dem die nationalen Klimaziele hinsichtlich ihrer Kompatibilität mit dem Pariser Klimaabkommen überprüft werden. Bis dahin wollen wir die Ambition der Europäischen Union in Sachen Klimaschutz stärken und höhere Ziele festlegen.

Ein wirksamer Kampf gegen den Klimawandel erfordert Einsparungen in allen Bereichen, die Treibhausgase verursachen: Energieerzeugung, Landwirtschaft, Transport und Industrie. Der Einsatz immer neuer „Wundertechnologien“ wird hier leider nicht ausreichen. Wir sind im Gegenteil der Überzeugung, dass auch tiefgründige Veränderungen in der Art und Weise wie wir produzieren, konsumieren, essen und reisen nötig sein werden. Diese Veränderungen sind nicht nur gut für das Klima, sondern haben auch eine starke soziale und gesundheitliche Dimension, da sie zur Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze, einer besseren Verteilung des Wohlstands in unserer Gesellschaft und einer gesünderen Umwelt führen.

Europa zur Nummer 1 bei Erneuerbaren Energien und Energieeinsparungen machen

Allein der Energiesektor ist für zwei Drittel der Treibhausgase der Europäischen Union verantwortlich. Wir müssen uns entschlossener auf die Energiewende einlassen, indem wir uns auf zwei Säulen stützen: Energieeinsparungen und Erneuerbare Energien. Die Energiewende ist nicht nur unabdingbar für den Kampf gegen die Klimakrise, sondern ermöglicht es uns auch, unsere energie- und geopolitische Unabhängigkeit zu garantieren.

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir dank des Einsatzes grüner Europaabgeordneter viele Fortschritte erzielen können. Die Europäische Union hat sich etwa das Ziel einer Steigerung der Energieeffizienz um mindestens 32,5% bis 2030 gesetzt. Auch für Erneuerbare Energien wurde ein Mindestanteil am Gesamtenergieverbrauch von 32% bis 2030 beschlossen. Mit Hinsicht auf den Kampf gegen die Klimakrise bleiben diese Ziele jedoch zu niedrig und deswegen werden wir uns in der nächsten Legislaturperiode im Rahmen der vorgesehenen Revision dieser Ziele für ein stärkeres Ambitionsniveau einsetzen.

Wir setzen uns ein für eine strikte Umsetzung der neuen Energieverbrauchsnormen für Gebäude und für die Erhöhung der Anzahl von Produkten, die Ökodesign-Kriterien und der Energiekennzeichnungspflicht unterliegen. Im Rahmen der europäischen Richtlinie über die Energieeffizienz von Gebäuden müssen alle ab 2021 in der EU neu gebauten Gebäude sogenannte „Nahe-Null-Energiehäuser“ sein, die höchst energieeffizient sind.

Wir wollen auch die Renovierung und energetische und baubiologische Sanierung bestehender Gebäude vorantreiben, um so bis 2050 einen vollständig dekarbonisierten Immobilienbestand zu schaffen. Energieeinsparungen sind auch eine soziale Massnahme. Fast 10% der europäischen Bürger*Innen leben in Energiearmut, oft weil sie in schlecht isolierten Häusern wohnen. Die Gründe hierfür sind hohe Energiekosten und hoher Energieverbrauch. Die energetische Sanierung der Gebäude unter Berücksichtigung nachhaltiger und baubiologischer Kriterien ermöglicht es ihnen, Strom- und Heizkosten erheblich zu reduzieren, sowie ein gesundes Raumklima zu garantieren.

Während einige Mitgliedstaaten konsequent die Entwicklung von Wind- und Photovoltaik-Energie unterstützen, sind andere Mitgliedstaaten viel zurückhaltender, sicherlich auch wegen des schwierigen Zugangs zu Kapital. Um das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen, müssen wir technologischen und gesellschaftlichen Fortschritt im Bereich des Klimaschutzes gezielt unterstützen. Wir wollen die Subventionierung von fossilen Energien und Technologien in allen EU-Programmen streichen und diese Gelder für die Schaffung eines Mega-Investitionsprogramms für nachhaltige Technologien einsetzen. Europa muss Vorreiter beim Kampf gegen die Klimakrise sein. Deshalb wollen wir mit europäischen Fördergeldern die Entwicklung von klimaneutralen Technologien (elektrische Busse und Lastwagen, Null-Emissions-Schifffahrt, solarantriebener Flugverkehr, ...) massiv fördern.

Wir werden uns in der nächsten Legislaturperiode darum bemühen, eine europäische Finanzplattform für Investitionen in erneuerbare Energien, Energiespeicher-Technologien und weitere Technologien, die der Energiewende dienlich sind, zu schaffen. Hierbei werden wir auf das europäische InvestEU-Programm zurückgreifen, welches auf die Unterstützung nachhaltiger Projekte ausgerichtet ist. Dies kann im Energiebereich besonders in Ländern Mittel- und Osteuropas Früchte tragen, wo die geografischen und klimatischen Bedingungen für den Anbau erneuerbarer Energieanlagen oft günstig sind, aber die finanzielle Mittel fehlen.

Eine solche Finanzplattform wird es der gesamten Europäischen Union ermöglichen, schnell und geschlossen auf dem Weg zu 100% Erneuerbarer Energie voranzuschreiten. Sie wird darüber hinaus auch die Rolle der Bürger*Innen im Kampf gegen die Klimakrise weiter stärken und den Energiekooperativen, welche bei der Energiewende auf lokaler Ebene eine maßgebliche Rolle spielen, den Zugang zu Kapital erleichtern.

Das Ende der fossilen Energien besiegeln

Im Jahr 2017 übertraf die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in der EU zum ersten Mal die Stromerzeugung aus Kohle (21% gegenüber 20%). Diese Statistik zeigt, dass wir im Bereich der Erneuerbaren Energien wichtige Fortschritte gemacht haben; sie zeigt aber auch, dass noch vieles zu leisten ist. Denn jegliche Nutzung fossiler Brennstoffe ist unvereinbar mit dem Ziel des Pariser Weltklimavertrages einer vollständig klimaneutralen Wirtschaft bis 2050.

Wir werden uns im Europäischen Parlament dafür einsetzen, dass **öffentliche Subventionen für Kohlekraft unverzüglich eingestellt werden** und dass **bis 2030 ein europäischer Ausstieg aus der Kohle** vollendet wird. In der Abwesenheit eines überzeugenden Preissignals vonseiten des europäischen Emissionenhandels (ETS) werden wir uns für die Reduzierung der Emissionszertifikate und die Festlegung eines Mindestpreises pro ausgestoßener Tonne CO₂ einsetzen. Dieser würde jährlich erhöht werden und sollte bis zum Ende des nächsten Mandats mindestens 50 Euro pro Tonne erreichen. Der Ausstieg aus der Kohleproduktion muss unbedingt mit **sozioökonomischen Maßnahmen in Bergbauregionen, die am stärksten von einer Abnahme der kohleindustriellen Aktivität betroffen sind**, einhergehen. Ein solches Vorgehen ermöglicht es, die Verbindung zwischen sozialer Gerechtigkeit und Bekämpfung des Klimawandels herzustellen.

Eine weitere Herausforderung der nächsten Legislaturperiode wird die notwendige **Reduzierung der Nutzung von Erdgas** sein, zugunsten von erneuerbaren Gasquellen, wie Biogas und Biomethan. Wir werden uns auch weiterhin **dem Bau großer, unnötiger und teurer Gasinfrastrukturen widersetzen**, so wie die Nord Stream-Gaspipeline oder die Transanatolische und Transadria-Gaspipeline, oder dem Bau von Terminals zur Nutzung von Fracking-Gas, welche uns in den kommenden Jahrzehnten in eine "Carbon Lock-In"-Situation versetzen könnten. Wir stehen für **grünes Gas, welches zu 100% aus erneuerbaren Quellen** wie landwirtschaftlichen Reststoffen und organischen Abfällen gewonnen wird. Dies bietet auch attraktive Absatzmärkte für europäische Landwirte und kann somit zu einer Neubelebung ländlicher Regionen beitragen, welche leider zu oft bei der Energiewende vergessen werden.

Wir werden **die Verwendung von Agrarkraftstoffen der ersten Generation** verbieten, weil diese auf Fruchttölen und Zucker basieren und zu einer verschärften Konkurrenz zwischen Energie- und Ernährungsproduktion sowie negativen Auswirkungen auf Landwirtschaft, Biodiversität und die landschaftliche Vielfalt geführt haben.

Definitiv raus aus der Atomenergie

Der Anteil der Atomenergie am europäischen Strommix geht seit Jahren stetig zurück, macht aber immer noch rund 25% der europäischen Stromerzeugung aus. Im Kampf gegen die globale Erwärmung ist Atomenergie keine glaubwürdige und vernünftige Alternative zu fossilen Energien. Sie ist teuer und hochgefährlich. Nur durch milliardenschwere Subventionen sind der Bau und die Erhaltung von Atomkraftwerken in Europa überhaupt möglich. Die Atomenergie enthält zudem eine enorme Belastung für viele zukünftige Generationen, insbesondere was die Stilllegung von alten Kernkraftwerken und die Endlagerung abgebrannter Brennstoffe und radioaktiver Abfälle angeht, da immer noch keine belastbare Lösung gefunden wurde.

Wir wollen die progressive Schließung aller europäischen Atomkraftwerke, angefangen mit den besonders maroden, wie beispielsweise Cattenom, Fessenheim, Tihange und Doel. Wir kämpfen für eine grundlegende Überarbeitung des Euratom-Vertrages. Statt eines Vertrags für die Förderung von Atomenergie wollen wir Euratom zu einem Vertrag machen, der die Entsorgung radioaktiver Abfälle regelt, die Stilllegung von bestehenden Atomkraftwerken unterstützt und die Einhaltung von höchsten Sicherheitsstandards (z.B. in puncto Sicherheitsmaßnahmen gegen Terrorangriffe) garantiert und überwacht. Wir wollen in Zukunft ein demokratisches

Mitspracherecht des Europäischen Parlaments in atompolitischen Fragen und eine transparente Beteiligung der EU-Bürger*Innen, wobei diese auch die Möglichkeit erhalten müssen, Einfluss auf die Sicherheitsanforderungen grenznaher Atomkraftwerke zu nehmen.

Mit Europa unseren natürlichen Reichtum erhalten

Sauberes Wasser, reine Luft, gesunde Böden, Artenvielfalt und intakte Landschaften bilden unsere Lebensgrundlagen, und diese wollen wir erhalten. Der große Reichtum an Tieren und Pflanzen schwindet immer mehr, Lebensräume gehen verloren, Arten sterben aus. Zwischen 20 und 40 Prozent aller erfassten Spezies in Europa gelten derzeit als bedroht, darunter auch viele Bienenarten.

Wir werden im Europaparlament dafür kämpfen, das Artensterben zu stoppen. Wir wollen die Biodiversität und die intakte Natur erhalten und dort wiederherstellen, wo sie bereits beschädigt wurde. Das bedeutet auch, dass wir europaweit die Naturschutzdirektiven (Vogelschutz und Fauna-Flora-Habitat) und Natura-2000-Gebiete verteidigen, verbessern und ausbauen werden. Wir begrüßen die Rückkehr von Luchs und Wolf. Den besonderen Schutzstatus dieser Arten wollen wir erhalten. Ein gutes Wolfsmanagement mit Programmen zum Wildtier-Monitoring und zur Vermeidung von Mensch-Wildtierkonflikten werden wir fördern.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben sich im Rahmen der Vereinten Nationen dazu verpflichtet, den Artenrückgang und die Zerstörung natürlicher Lebensräume bis 2020 aufzuhalten. Doch diese Ziele werden voraussichtlich deutlich verfehlt werden. Wir werden uns daher umgehend für eine ambitionierte Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt für den Zeitraum nach 2020 einsetzen und transeuropäische Korridore für Biotop einrichten. Außerdem wollen wir ein 8. Umweltaktionsprogramm auf den Weg bringen. Das Pariser Klimaschutzabkommen und die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung wollen wir darin als neue Leitprinzipien verankern. Beispiel nehmend am Pariser Klimaschutzabkommen streben wir globale Vereinbarungen zum Erhalt der Biodiversität und für den Meeresschutz an.

Naturschutz ist kein Luxus, sondern eine Grundbedingung für eine lebenswerte Umwelt. Der rücksichtslosen Plünderung endlicher Ressourcen wollen wir eine rohstoffsparsame Produktpolitik, saubere Luft, besseren Wasserschutz, und einen respektvollen Umgang mit der Natur entgegensetzen. In den letzten Jahren war es immer wieder die Europäische Union, die strenge Standards im Bereich der Umwelt- und Naturschutzgesetzgebung gesetzt hat. Diese schützen unsere Natur, unsere Gesundheit und unsere Lebensqualität und fördern eine umweltfreundliche, nachhaltige und somit zukunftsfähige Wirtschaft.

Ambitioniert vorgehen für reine Luft in unseren Städten und Dörfern

Luftverschmutzung in den europäischen Städten wird immer mehr zu einem Problem für die öffentliche Gesundheit. Laut Europäischer Umweltagentur verursacht Luftverschmutzung allein schon heute mehr als 400.000 vorzeitige Todesfälle pro Jahr in der EU und schwächt des Weiteren die Lebensqualität von Millionen von Menschen.

Durch einen Ausstieg aus Fossil-Treibstoff, das Abschalten von Kohlekraftwerken, Gebäude mit wenig Energieverbrauch und das Optimieren von Energiekreisläufen können wir den CO₂- und Schadstoffanteil in unserer Luft senken und so der Luftverschmutzung entgegenwirken.

Um dem Verschlechtern der Luftqualität entgegenzuwirken werden wir die europäische Verkehrswende weiter vorantreiben, den öffentliche Transport grenzüberschreitend attraktiver für Personenverkehr machen, die Elektromobilität fördern und den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene und das Wasser umorientieren. Die sanfte Mobilität muss gefördert werden, dies zum Beispiel durch den Ausbau von grenzüberschreitenden Fahrrad- und Wanderwegen. Zudem setzen wir uns für die Schaffung eines einheitlichen Ticketsystems im europäischen Bahnverkehr ein.

Wir sind gegen die Bemühungen verschiedener Regierungen und Industrielobbies, die europäischen Luftqualitätsgrenzwerte zu verwässern und die Messverfahren in Frage zu stellen. Statt den Industrien einen Freifahrtschein für Luftverschmutzung zu gewähren, wollen wir die Luftqualitätsstandards der Europäischen Union weiter verschärfen und strenge Kontrollen europaweit durchsetzen.

Sauberes Wasser garantieren

Der Zugang zu sauberem Wasser ist ein Menschenrecht. Doch fast 2 Millionen Menschen in Europa haben keinen ordentlichen Zugang zu Trinkwasser oder sanitärer Versorgung, und diese Situation wird durch die Erderhitzung noch verschärft. Unsere momentane Art zu konsumieren und zu wirtschaften verschwendet und verschmutzt Wasser leichtfertig.

Wir setzen uns für sauberes Trinkwasser für alle ein und wir wollen lebendige Flüsse und Seen in Europa. Gesunde Gewässer sind wertvolle Ökosysteme, die durch die dort lebenden Tiere Artenreichtum garantieren. Wir werden die wichtigste Richtlinie zum Wasserschutz, die Wasserrahmenrichtlinie, stärken und uns dafür einsetzen, dass Wasserverschmutzung vermindert wird, unter anderem indem wir Antibiotikaeinsatz, Gülleproduktion und Einsatz von Pestiziden weiter zurückdrängen. Es gilt zudem, Technologien zum Filtern von Mikroplastik in den Kläranlagen einzusetzen und zu fördern.

Wir werden dafür arbeiten, dass alle Bürger*Innen Zugang zu sauberem und erschwinglichem Trinkwasser haben. Deshalb werden wir uns jedem Versuch, die öffentliche Wasserversorgung zum Investitionsobjekt für internationale Unternehmen zu machen, entgegenstellen.

Wir setzen uns für den Erhalt der Meere und der Meeresbewohner ein. Hierfür wollen wir den Anteil geschützter Meeresgebiete auf 20% erhöhen und ein Verbot von nicht nachhaltigen und besonders grausamen Fischfangmethoden durchsetzen. Wir werden dafür kämpfen, dass Gewässer wie das Mittelmeer als Emissionssonderzonen ausgewiesen und dort besonders hohe Umweltstandards durchgesetzt werden. Darüber hinaus wollen wir die Kontrollen der Schwefelemissionen von Schiffen auf alle Küsten der EU ausdehnen.

Raus aus der Wegwerfgesellschaft

Rohstoffe, von denen viele aus nicht erneuerbaren Quellen stammen, werden gewonnen, verarbeitet und produziert, um unsere Produkte des täglichen Bedarfs herzustellen. Diese Produkte haben eine immer kürzere Lebensdauer, landen auf Deponien und in Verbrennungsanlagen oder enden in der Umwelt. Dieser ganze Prozess trägt zur Klimakrise bei, verschmutzt Boden, Wasser und Luft in erheblichem Maße und erzeugt große Mengen an Abfall in der gesamten Lieferkette.

Um den zukünftigen Generationen einen bewohnbaren Planeten mit ausreichend Ressourcen zu hinterlassen, müssen wir schnellstens umsteuern. Einen Teil der Lösung sehen wir in den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft. In einer solchen Wirtschaft gibt es keine Abfälle: Ausrangierte Produkte und Materialien enden nicht als Abfall, sondern werden effizienter genutzt, wiederverwertet und – als letzte Option – recycelt oder biologisch verwertet. Wir wollen Anreize schaffen, weniger zu verbrauchen und wir wollen die gemeinschaftliche Nutzung von materiellen und immateriellen Gütern (Teilen, Schenken, Handeln, Tauschen) fördern. Wir wollen eine aktive Informationspolitik im Rahmen der 5 R's der Zero Waste Bewegung "refuse (ablehnen), reduce (reduzieren), reuse (wiederverwenden und reparieren), recycle (zur Wertstoffsammlung geben) und rot (kompostieren)" fördern.

Da unsere europäische Wirtschaft von einer konstanten Versorgung durch den Import natürlicher Ressourcen abhängig ist, sind wir ein Netto-Importeur. Um diese Entwicklung

umzukehren, müssen aussagekräftige Indikatoren eingeführt werden, die den Ressourcenverbrauch in verschiedenen Volkswirtschaften messen. Diese Indikatoren müssen in politischen Folgenabschätzungen und makroökonomischen Richtlinien wie dem „Europäischen Semester“ angewendet werden.

Wir werden uns für verbindliche Ziele für die Jahre 2020, 2025 und 2030 hinsichtlich der Reduzierung des Ressourcenverbrauchs einsetzen, um eine nachhaltige Bewirtschaftung und effiziente Nutzung natürlicher Ressourcen zu erreichen. Außerdem streben wir die Einführung von EU-Gesetzen an, welche geplante Obsoleszenz bekämpfen und dafür sorgen, dass Produkte reparierbar und recyclebar sind und die Garantiefristen massiv ausgeweitet werden. Wir wollen auf europäischer Ebene Hersteller verpflichten, Ersatzteile, Reparaturwerkzeug und Know-How für alle anzubieten und langfristig vorzuhalten, im Sinne eines europäischen Rechts auf Reparatur.

Konsequent vorgehen gegen Plastikmüll

In den Ozeanen schwimmen Plastikmüllteppiche von der Größe Mitteleuropas und auch unsere Flüsse und Böden leiden unter der zunehmenden Vermüllung. Wenn wir unsere Politik und unsere Konsumgewohnheiten nicht umsteuern, wird es Studien zufolge 2050 mehr Plastik als Fische im Meer geben. Inzwischen findet sich Mikroplastik sogar in der Arktis und im Gletschereis- obwohl dort nahezu keine Menschen leben. Auch im menschlichen Körper wurde bereits nachgewiesen, welche Auswirkungen Mikroplastik auf unsere Gesundheit haben kann.

Die Europäische Union hat in der vergangenen Legislaturperiode dank grünem Einsatz wichtige Schritte hin zu weniger Plastikabfall unternommen. So wurde beispielsweise ein europäisches Verbot von Einweg-Plastikprodukten wie Tüten, Besteck und Strohhalmen auf den Weg gebracht. Wir wollen dieses Verbot auf weitere Produktkategorien ausweiten. Wir werden uns für eine ambitionierte Strategie für ein plastikmüllfreies Europa einsetzen und für ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und Pflegeprodukten und die Förderung von Projekten, die zum Ziel haben, unsere Ozeane von Plastikmüll zu befreien. Ziel ist ein Europa mit sauberen Meeren, einem reichhaltigen Fischbestand und einer Natur ohne Müll.

Wir wollen den europäischen Binnenmarkt nutzen, um gegen Verpackungsabfall zu kämpfen. Wir wollen die Hersteller stärker in die Verantwortung nehmen und ein verbindliches Verpackungsreduktionsziel für Hersteller von 50% bis 2030 einführen. Außerdem wollen wir ein generelles Verbot für Bioplastikarten einführen, die nicht nachweisbar biologisch abbaubar sind. Wir werden die Umsetzung der europäischen Verpackungsabfallgesetzgebung rigoros kontrollieren. Darüber hinaus wollen wir mit europäischen Forschungsgeldern die Forschung und Entwicklung von alternativen Materialien vorantreiben.

Zudem braucht es eine EU-weite Plastiksteuer auf Wegwerfprodukte. Eine solche Abgabe bietet den Anreiz, Verpackungsmüll zu reduzieren, indem die Rohstoffe verteuert werden. Erdöl und Erdgas zur Produktion von Kunststoffen dürfen nicht subventioniert werden. Die Besteuerung von Plastik muss in eine umfassende und ambitionierte Strategie zur Einsparung und Vermeidung von Plastik, zur Steigerung des Mehrweganteils und für besseres Produktdesign eingebettet werden.

Die Europäische Union muss sich aber auch für eine internationale Plastikkonvention unter dem Dach der Vereinten Nationen einsetzen. Schliesslich kennt Plastikmüll keine Grenzen.

Aus PVC und PVC-Weichmachern wollen wir wegen der gesundheitlichen Risiken aussteigen. Nanopartikel kommen bereits in Lebensmitteln, Kosmetika oder Medikamenten zum Einsatz, ihre Unbedenklichkeit ist aber nicht eindeutig festgestellt. Wir fordern daher ein Register für Nanoprodukte. Die Definition von „Nanopartikeln“ muss so eng gefasst werden, dass es keine Schlupflöcher gibt.

Gesundheitsschutz stärken

Europa- und weltweit hat die moderne Medizin beeindruckende Erfolge gegen Infektionskrankheiten, in der Akut- und Notfallmedizin sowie bei lebenserhaltenden diagnostischen und operativen Techniken erreicht. Dadurch hat die mittlere Lebenserwartung sich stetig erhöht. Ständig gestiegen sind allerdings auch die Kosten in den Gesundheitssystemen, in der Pflege sowie durch frühzeitige Berufsunfähigkeitsrenten.

Im Rahmen der Europäischen Säule sozialer Rechte ist festgelegt, dass jede Person das Recht auf rechtzeitige, hochwertige und bezahlbare Gesundheitsvorsorge und Heilbehandlung hat. Die EU fördert die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten auf diesem Gebiet und spielt in Bereichen der Gesundheitspolitik eine wichtige Rolle, in denen Patientenrechte und Pflege grenzübergreifende Bedeutung haben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bürger*Innen klare Informationen zu ihren Möglichkeiten und Rechten im Bereich der Gesundheitsvorsorge erhalten.

Wir wollen im Bereich der öffentlichen Gesundheit über das Gesetzgebungsverfahren der EU starke Schutzstandards durchsetzen, etwa bei der Zulassung von Arzneimitteln oder chemischer Substanzen, die sich auf die Gesundheit von Menschen und Tieren auswirken können.

Wir werden die Genehmigungsprozedur für Chemikalien, Pestizide, Zusatzstoffe und genetisch manipulierte Lebensmittel komplett überarbeiten und transparenter gestalten, um die Einflussnahme durch Konzerne und Partikularinteressen zu verhindern. Außerdem werden wir dafür sorgen, dass gefährliche Substanzen verboten werden, beziehungsweise nie auf den Markt gelangen. Wir wollen starke Informationspflichten für Produzenten einführen und die Volldeklaration aller Inhaltsstoffe in Produkten verpflichtend machen.

Die EU ist ein wichtiger Antriebsmotor im Bereich der Forschung und der medizinischen Innovation. Wir werden uns dafür einsetzen, dass im Rahmen der europäischen Forschungsfonds weiterhin Gelder für Forschung im Bereich der Krankheitsprävention und -behandlung, sowie seltener Krankheiten reserviert werden und wir werden uns für die Schaffung Europäischer Exzellenzzentren für seltene Krankheiten stark machen.

Mit Europa Wohlstand schaffen und gerechter verteilen

Alles in allem hat die Europäische Union den Wohlstand auf dem Kontinent vergrößert. Aber Anspruch und Wirklichkeit passen nicht zusammen. Die Lebensverhältnisse zwischen den Mitgliedstaaten, zwischen Nord und Süd, Ost und West, klaffen auseinander. Genauso innerhalb der einzelnen Länder. Und die ökonomische Globalisierung macht es immer schwieriger, soziale Gerechtigkeit zu gestalten.

Etwa wenn große Konzerne versuchen, Staaten gegeneinander auszuspielen und die Länder in einen Wettbewerb um die niedrigsten Steuern und die niedrigsten Löhne geraten. Oder wenn Unternehmen und Vermögende sich ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen mehr und mehr entziehen oder erst gar nicht stellen. Diese Situation wird nun noch verschärft, weil die Digitalisierung die Art, wie wir leben und arbeiten, radikal verändern wird.

Vor allem die einseitige Sparpolitik während der Eurokrise hat in einigen Ländern eine ganze Generation ihrer Zukunft beraubt und die Europäische Union gespalten. In der Folge ist die Schere zwischen Arm und Reich weit auseinandergegangen. Das ist ein ökonomisches, ein soziales und ein demokratisches Problem: Zu viele leben in Armut, zu viele sind verunsichert, wenden sich enttäuscht ab, verabschieden sich aus der Gesellschaft.

Sozialen Fortschritt gemeinsam organisieren

Für eine echte europäische Sozialpolitik brauchen wir deshalb einen anderen Geist. Wir Grünen kämpfen resolut für eine gerechte Gesellschaft, in der Ungleichheiten zwischen Arm und Reich verringert werden. Schluss mit dem Europa des Sparzwangs, hin zu einem Europa, das in die Zukunft seiner Bürger*Innen investiert und damit vorrangig gegen Armut und Arbeitslosigkeit agiert.

Um dies zu finanzieren, wollen wir sicherstellen, dass in Europa jede*r seinen Beitrag für die Gesellschaft erbringt. Wenn die EU Steuerdumping entschlossen bekämpft, kann sie dafür sorgen, dass auch die großen Unternehmen und alle Vermögenden ihren gerechten Beitrag zum Solidarsystem leisten. Deshalb werden wir uns für die **Einführung einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage** einsetzen, damit Unternehmen ihre Gewinne nicht künstlich kleinrechnen oder in andere EU-Länder verschieben können, um ihre Steuerlast zu senken. Außerdem werden wir einen **europaweiten Minimalsteuersatz für Unternehmen** unterstützen, um die Wettbewerbsgleichheit im europäischen Binnenmarkt zu garantieren.

Europäischer Zusammenhalt heißt, allen Menschen in der EU soziale Rechte zu garantieren, sie überall durchzusetzen und einklagbar zu machen. Gerade Jugendliche brauchen eine Perspektive. Neben der im Europäischen Sozialfonds bereits vorhandenen « Jugend- Garantie » werden wir auf die Wichtigkeit der neu eingeführten Idee der « Kinder-Garantie » (Child Guarantee) hinweisen und diese fördern. Es ist nämlich eine absolute Priorität Kinderarmut und Kinderexklusion in der Gesellschaft zu bekämpfen. Alle Kinder haben ein Recht auf eine kostenfreie Gesundheitsvorsorge, ausgewogene Ernährung, angemessene Förderung und Ausbildung und auf dezentes Wohnen. Zudem soll auch die schulische Inklusion aller Kinder hiermit spezifisch unterstützt werden. Alle Menschen in der EU müssen sich auf faire Löhne und Arbeitsbedingungen, auf einen Schutz vor Armut und Ausbeutung verlassen können. Gerade auch, wenn sie in unterschiedlichen Ländern leben und arbeiten.

Wir kämpfen außerdem **für europaweite soziale Mindeststandards**, denn wir sind überzeugt, dass die sozialen Grundrechte im Konfliktfall Vorrang vor den wirtschaftlichen

Grundfreiheiten haben und die Senkung von Sozialstandards in Europa keine Zukunft haben darf. Wir setzen uns deshalb für einen **europäischen Mindestlohn ein, der sich jeweils am nationalen BIP orientiert**, um Lohndumping in der Europäischen Union zu verhindern.

Zusätzlich wollen wir eine **europäische Arbeitslosenversicherung** einführen, um Erwerbslosen überall in Europa ein Minimum an europäischer Solidarität zukommen lassen. In einem solchen System würde jede*r europäische Erwerbslose ein Grundeinkommen erhalten, wobei sich dessen Höhe an einem regionalspezifischen, bei Einführung festgelegten und regelmäßig evaluierten Warenkorb orientieren sollte.

Digitalisierung sozial-ökologisch gestalten

Ob Smartphone-App, soziale Netzwerke oder vernetzte Dienste, der digitale Wandel macht sich heute schon in vielen Bereichen unseres alltäglichen Lebens bemerkbar. Digitale Medien beeinflussen, wie wir mit Arbeitskollegen und Freunden interagieren und kommunizieren. Über unser Smartphone sind wir rund um die Uhr erreichbar. Wir benutzen es um unsere Arbeitstermine, unser Familien- und unser Sozialleben zu planen oder unsere Bankgeschäfte zu erledigen. Es ist unser Fitnesstrainer, zählt unsere Schritte und archiviert unsere Radtouren. Das Smartphone dient uns als virtueller Einkaufswagen, Reisebüro, Musikzentrale, Kamera und Spielzeug. Die Digitalisierung stellt vieles in Frage. Es öffnet sich ein Raum von ungeahnten Möglichkeiten und Herausforderungen, aber auch Risiken.

Wir wollen die Potenziale des digitalen Wandels für Bildung und Forschung, gleichberechtigte Teilhabe, sozialen Fortschritt und eine nachhaltige Wirtschaft nutzen. Damit das möglich ist, gilt es, Entwicklung und Innovation zu fördern, aber auch zu entscheiden, was man zulassen will und wie Anwendungen zu regulieren sind. **Sinnvoll geht das nur auf europäischer Ebene.** Wenn wir wissen wollen, nach welchen Kriterien Algorithmen auswählen und bestimmen, wer wie viel für einen Flug bezahlen muss oder wer in die engere Auswahl für Jobs kommt, dann wird das kaum national möglich sein. Sonst können sich global agierende Konzerne den niedrigsten nationalen Standard aussuchen.

Als Grüne haben wir in Europa **mit der Datenschutzgrundverordnung, die wir maßgeblich mit auf den Weg gebracht haben, einen internationalen Standard gesetzt** und schon viel erreicht. Bürger*Innen müssen sich selbstbestimmt im digitalen Raum bewegen können und die volle Souveränität über ihre Daten behalten. Beim Datenschutz und bei der Daten- und der IT-Sicherheit wollen wir in Europa weiterhin mit einheitlichen Sicherheitsnormen voranschreiten und somit Wettbewerbsvorteile durch eine an unseren Grundrechten orientierte Digitalpolitik erreichen.

Viele digitale Plattformen ersetzen bislang genutzte Dienstleistungen. Oft fallen „digitale“ Dienstleister*Innen jedoch nicht unter die gleichen Regulierungen wie „traditionelle“ Akteure. Dies erfordert die **Schaffung gleicher Markt- und Wettbewerbsbedingungen**.

Wir wollen sicherstellen, dass die Gewinne der Betriebe aus der **Plattformökonomie** (wie „Uber“ oder „Airbnb“) nicht auf Kosten des Arbeitsrechtes oder der sozialen Absicherung der „Crowd Workers“ entstehen. Sharing-Plattformen dieser Art dürfen auch nicht zum Zweck der Steuervermeidung, der Scheinselbstständigkeit oder der Hinterziehung von Sozialbeiträgen missbraucht werden. Wir werden für die **Einführung einer europaweiten Digitalsteuer** kämpfen, die am Ort des Konsums, nicht nur am Ort der Produktion erhoben wird.

Darüber hinaus werden wir uns für scharfe Kontrollen und schwere Sanktionen einsetzen, um sicher zu stellen, dass digitale Großunternehmen Steuern zahlen, sich an die rechtlichen Vorgaben in der EU und den Mitgliedstaaten halten und ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden. Um dies zu ermöglichen, setzen wir uns für die **Schaffung einer europäischen Digitalagentur** ein, die eine effizientere Marktaufsicht in der digitalen Ökonomie gewährleisten

kann. Zusätzlich kämpfen wir für **stärkere Auskunftsrechte der Bürger*Innen in puncto Algorithmen** und die **Öffnung der Datenberge der Internetmonopole für Mitbewerber**.

Wir sind überzeugt davon, dass Software selbstbestimmt und langfristig nutzbar und reparierbar sein muss, so wie es etwa Open-Source-Software bereits verwirklicht. Wir werden uns deshalb im Europaparlament dafür einsetzen, dass Hersteller Sicherheitsupdates für die Hardware-Lebensdauer von Geräten bereitstellen und nach Ende des Supports den Quellcode als Open-Source-Variante freigeben. Auch Elektronische Geräte müssen reparierbar und recyclebar sein. Wir werden deshalb entschieden gegen geplante Obsoleszenz vorgehen und dafür kämpfen, dass Garantiefristen massiv ausgeweitet werden. Hersteller müssen verpflichtet werden, Ersatzteile, Reparaturwerkzeug und Know-How für alle anzubieten und langfristig vorzuhalten.

Wir lehnen das momentan diskutierte EU-Leistungsschutzrecht in seiner aktuellen Form und die generelle Einführung von Uploadfiltern im Internet entschieden ab. Befürworter nehmen in Kauf, dass Plattformen über Gebühr filtern und löschen, die Meinungsfreiheit und kulturelle Entwicklung beschränken und Innovation im Netz ausbremsen. Wir sind der Meinung, dass Artikel 11 und 13 der aktuellen Fassung der Copyright-Gesetzgebung am Kernproblem vorbeigehen. Wir streben einen fairen Ausgleich zwischen Kreativschaffenden, Nutzerinnen und Nutzern und Plattformen an. Um kreative Inhalte, guten rechercheintensiven Journalismus und Meinungsvielfalt auch in unserer digitalen Zukunft zu fördern, setzen wir uns für ein faires Gesamtkonzept, bessere Lizenzierungskonzepte und natürlich auch mehr Verantwortlichkeit für Plattformen ein.

Künstliche Intelligenz und Robotisierung Made in Europe

Künstliche Intelligenz (KI), maschinelles Lernen und autonome Systeme entwickeln derzeit in Wissenschaft und Wirtschaft eine Dynamik, die eine dringende politische Gestaltung notwendig macht. Während das Potenzial dieser Zukunftstechnologien noch längst nicht ausgeschöpft ist und Forscher*Innen sie stetig weiterentwickeln, hat KI bereits Einzug in den Alltag gehalten, die Arbeitsweise zahlreicher Unternehmen und Behörden teils disruptiv verändert und der Wissenschaft ganz neue Möglichkeiten eröffnet.

Wir sind der Meinung, dass Künstliche Intelligenz auf der Grundlage europäischer Werte und Sicherheitsstandards in Europa erforscht und entwickelt werden muss. Dabei geht es nicht um ein blindes Wettrennen mit den USA oder China, sondern darum, nationale Anstrengungen zu bündeln und einen eigenständigen europäischen Weg zu entwickeln, der auch gesellschaftliche Gerechtigkeitsfragen, Grund- und Freiheitsrechte im Blick behält. Ein konsistenter rechtlicher Rahmen ist dabei Voraussetzung und nicht Bremsklotz für den zukunftsfesten Einsatz von KI.

Es ist unsere Aufgabe sicherzustellen, dass die Forschungsaktivitäten europäisch eingebettet sind, denn ohne entschlossene europäische Investitionen werden die Rahmenbedingungen für KI auch weiterhin vor allem in Ostasien und im Silicon Valley gesetzt. In autoritären Staaten droht, wie die Entwicklungen in China zeigen, durch KI eine sehr weitreichende Überwachung und Einschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte. In den USA droht ein weiterer Machtzuwachs der ohnehin marktmächtigen Digitalkonzerne mit all den negativen Konsequenzen, unter anderem für den Daten- und Verbraucherschutz und einen fairen Wettbewerb, die wir heute schon erleben. Der europäische Weg muss ein anderer sein – ein eigenständiger, ein Weg der digitalen Chancen, des fairen Marktzugangs, der nachhaltigen Entwicklung und Selbstbestimmtheit.

Die Frage, wie wir die neue Technologie zum Wohle von Gesellschaft und Umwelt nutzen können, muss dabei im Mittelpunkt stehen. Die Potenziale von KI für die Lösung wichtiger gesellschaftlicher und ökologischer Herausforderungen sind enorm. Ob verbesserte medizinische Diagnostik für die frühzeitige Erkennung von Krebs, intelligente Steuerung von

Verkehrsströmen, ökologisch sinnvolle Anwendungen in der Landwirtschaft oder smarte Stromnetze für den schnellen Umstieg auf erneuerbare Energien, in zahlreichen Bereichen kann KI einen positiven Beitrag leisten. Um diese Potenziale auch heben zu können, ist eine bessere Forschungs- und Innovationsförderung im Rahmen einer klaren Strategie nötig, die Gemeinwohl und Nachhaltigkeit von KI ins Zentrum stellt. Dabei gilt es auch, den wachsenden Energie- und Ressourcenverbrauch als Begleiterscheinung der Digitalisierung und Entwicklung von KI durch innovative Lösungen und kluge Synergien soweit wie möglich zu begrenzen.

Sichere Dateninfrastruktur aufbauen, Open Data und Open Source fördern

Der Zugang zu und die Nutzung von großen Datenmengen (Big Data) ist eine der zentralen Voraussetzungen bei der Entwicklung von KI, und gleichzeitig auch eine der größten Herausforderungen. Um intelligente Systeme und selbstlernende Algorithmen zu trainieren, brauchen Forscherinnen und Forscher, Entwicklerinnen und Entwickler Zugang zu mehr wissenschaftlichen und statistischen Daten. Die entsprechende Dateninfrastruktur ist bisher in Europa nur rudimentär vorhanden und muss dringend ausgebaut werden. Insbesondere in der öffentlichen Verwaltung liegen bis heute große Bestände – auch und vor allem nicht-personenbeziehbare Daten – verborgen. Gleichzeitig müssen wir gewährleisten, dass die Nutzung dieser Daten höchsten Datenschutz- und Transparenz-Standards entspricht.

Diskriminierungsfreie und transparente KI-Systeme fördern und einen geeigneten ethischen und rechtlichen Rahmen gewährleisten

Wir haben den Anspruch, Vorreiter im Bereich transparenter und diskriminierungsfreier Algorithmen zu werden. Automatisierte Entscheidungen haben das Potenzial, weniger diskriminierend zu sein als menschliche. Für lernende Algorithmen, die Entscheidungen über Bürgerinnen und Bürger treffen, müssen deshalb hohe Anforderungen an die Nachvollziehbarkeit der Entscheidung und Offenlegung der einbezogenen Daten gelten und rechtlich geregelt werden.

Wir stehen der Anwendung von KI in besonders grundrechtssensiblen Bereichen (z.B. Einsatz durch Sicherheitsbehörden) besonders kritisch gegenüber und werden uns dafür einsetzen, dass diese klaren und verhältnismäßig beschränkten Einzelbefugnissen unterworfen werden, um rechtswidrige Vorratsdatenspeicherungen zu unterbinden.

Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, die freie Meinungsbildung in Europa sicherzustellen. Wir werden uns deshalb für einen verbindlichen europäischen Rahmen für die Regulierung von selbstlernenden Algorithmen (Nachrichtenaggregatoren, Robotjournalismus, Echokammern) einsetzen, die über meinungsmächtige Plattformen (Nachrichtenportale, Soziale Medien, Suchmaschinen) auf den Meinungsbildungsprozess wirken.

Reform der Eurozone

Die tiefe Finanzkrise in Griechenland und in der Eurozone war ein deutlicher Weckruf, dass die Wirtschafts- und Währungsunion dringend reformiert und die soziale Spaltung in der EU abgebaut werden muss sowie Strukturreformen angepackt werden müssen. Wenn wir zukünftige Probleme und Krisen verhindern oder wenigstens besser meistern wollen, müssen grundlegende, zurzeit noch offene Fragen geklärt werden. Es ist notwendig, das gemeinsame System der wirtschaftspolitischen Steuerung der Eurozone zu demokratisieren und zu reformieren. Eine verstärkte politische Integration der Eurozone darf jedoch nicht zu einem Europa der mehreren Geschwindigkeiten führen.

Die Gestaltung dieser Reformen soll sich nicht nur auf die Länder der Eurozone beschränken. Da alle den Euro betreffenden Entscheidungen auch unmittelbare Auswirkungen auf Nicht-Eurostaaten haben, dürfen diese nicht weiterhin ausgeschlossen werden. Wir wollen also alle Mitgliedstaaten einladen sich am Reformprozess zu beteiligen, um so nicht nur die Eurozone, sondern auch die gesamte Europäische Union zu stärken.

Die mit dem "Six-Pack" verabschiedeten Haushaltsregeln und -verfahren enthalten prozyklische Schulden- und Defizitregeln, die schwer umzusetzen sind, ohne den vielerorts noch schwächelnden wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung zu gefährden. Diese starren Regeln müssen vereinfacht und durch geeignetere Ziele ersetzt werden, um den Regierungen etwas Spielraum für nachhaltige Investitionen zu geben.

Eine wahre Wirtschafts- und Währungsunion erfordert einen verstärkt gemeinsamen Ansatz zum Thema Unternehmensbesteuerung. Wir wollen für mehr Transparenz in diesem Bereich sorgen und eine gemeinsame Konsolidierte Bemessungsgrundlage für die Besteuerung von Unternehmen, und später einem Mindeststeuersatz, einführen.

Eine glaubwürdige Eurozone erfordert letztlich die Schaffung einer echten Wirtschafts- und Haushaltsunion. Zu diesem Zweck muss unverzüglich mit der Ausarbeitung eines Plans für die progressive Vergemeinschaftung der öffentlichen Schulden der Eurozone-Länder begonnen werden. Anfangen wollen wir mit einem Mechanismus für gemittelte Zinssätze, der es ermöglichen würde, dass Mitgliedstaaten die von niedrigen Zinssätzen profitieren, diese auch mit anderen Mitgliedstaaten teilen können. Notwendig ist auch die Einführung automatischer Stabilisatoren, um Schocks abzufedern.

Begleitende Maßnahmen werden darin bestehen, die Europäische Zentralbank für die Mitgliedstaaten zu einem Kreditgeber letzter Instanz zu machen und den Europäischen Stabilitätsmechanismus in einen Europäischen Währungsfonds umzuwandeln. Diese langfristigen Ziele werden im Endeffekt eine Vertragsänderung erfordern, die Arbeit an diesen Plan muss aber schon jetzt beginnen.

Wer einen krisenfesten Euro will, muss auch die Bankenunion vollenden. Der Bankensektor der Eurozone und der gesamten Union muss zuverlässiger gemacht werden, damit keine Bank mehr die Stabilität unserer gemeinsamen Währung gefährden kann. Die „Rettung“ der Banken darf nicht mehr auf Kosten der Steuerzahler*Innen erfolgen und das Problem der Banken in Not muss gelöst werden, ohne dass die Wirtschaft zu stark belastet wird.

Hierzu gehört die Einrichtung eines gemeinsamen Rückversicherungssystems für Einlagensicherungen, damit ein Euro überall gleich sicher ist und Bürger nicht gleich bei ersten Anzeichen einer Krise ihr Vertrauen in das nationale Bankensystem verlieren. Darüber hinaus ist eine umfassendere Regulierung und Überwachung des Sektors durch eine von der EZB völlig unabhängige Aufsichtsbehörde erforderlich, um Interessenkonflikte zu vermeiden. Der EU-Systemrisiko-Rat sollte über echte Befugnisse verfügen, um Kreditblasen und andere makroprudenzielle Risiken zu erkennen und zu entwerfen.

Die demokratische Legitimität der Eurozone muss gestärkt werden, indem dem EU-Parlament eine stärkere Rolle im System der wirtschaftspolitischen Steuerung der Union eingeräumt wird. Das Parlament sollte in alle wichtigen Entscheidungen zur gemeinsamen Währung einbezogen werden. Die vom Parlament legitimierte Europäische Kommission sollte als Ausführungsorgan der gemeinsamen Wirtschaftspolitik eine stärkere Rolle gegenüber dem Euro haben; der/die zuständige Kommissar*In für Wirtschaft und Finanzen soll auch Vorsitzende/r der Eurogruppe werden.

Innovation und Forschung fördern

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich die Europäische Union zum Ziel gesetzt, weltweit führender Innovations- und Forschungsstandort zu werden. Bisher haben wir dieses Ziel leider nicht erreicht. Vielmehr konnten die Vereinigten Staaten ihre Führungsrolle behaupten und China konnte die EU bei der Höhe der Investitionen in Forschung und Entwicklung überholen. Dies spiegelt sich in der Entwicklung neuer Technologien wider.

Wir wollen Europa als Forschungs- und Entwicklungsregion an der Spitze etablieren. Besonders im Bereich der Digitalisierung und Robotik, der Biotechnologie und Nanotechnologie finden derzeit rasante Entwicklungen statt, und wir müssen aufpassen, weltweit den Anschluss nicht zu verlieren. Forschung, die uns bei der Bewältigung des Klimawandels unterstützt, muss nachhaltig und langfristig gefördert werden, nicht nur durch einzelne Forschungsprojekte, sondern auch durch den Aufbau von europäischen Innovationszentren und umfangreiche Grundfinanzierung. Neue Entwicklungen in der Batterietechnologie, im Recycling, in der Verwendung nachhaltiger Ressourcen, in der Wasseraufbereitung und in der Erzeugung erneuerbarer Energie müssen in Europa vorangetrieben werden. Die Umwidmung ziviler Forschungsmittel für die Rüstungsforschung lehnen wir strikt ab.

Da das aktuelle europäische Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ bald ausläuft, ist es an der Zeit, ein schlagkräftiges Nachfolgeprogramm auf die Beine stellen, das die europäische Forschungslandschaft vernetzt, Schlüsseltechnologien fördert, den Nährboden für innovative, nachhaltige Start-ups schafft und die angewandte Forschung und Grundlagenforschung stärkt. Wir wollen Forschung in Atomkraft kategorisch von EU-Fördergeldern ausschließen. Statt Gelder für den ITER-Forschungsreaktor zu verschwenden, wollen wir insbesondere die Erforschung von grünen Technologien (Intelligente Netze, Erneuerbare Energien, Energieeffizienz) unterstützen.

Mit großer Sorge sehen wir, dass international zunehmend politischer Druck auf Wissenschaftler*Innen ausgeübt wird. Die Wissenschaftsfreiheit ist ein demokratisch verbrieftes Grundrecht. Wenn in autokratischen Staaten mehrere Tausend Wissenschaftler*Innen aus politischen Gründen entlassen oder verhaftet werden, wenn Universitäten bedroht werden, dann ist das eine dramatische Abkehr von der Wissenschaftsfreiheit. Wir setzen uns dafür ein, dass Wissenschaftler*Innen, die wegen ihrer Tätigkeit verfolgt werden und ihr Land verlassen müssen, in der EU Schutz finden und ihre Forschung frei fortführen können. Es ist daher unser Ziel, dass die EU einen europäischen „Fonds für verfolgte Wissenschaftler*Innen“ einrichtet, aus dem Forschungsaufenthalte an Universitäten, Hochschulen und weiteren Forschungseinrichtungen für solche Gastwissenschaftler*Innen finanziert werden können. Zudem kommt dadurch auch neue, inspirierende wissenschaftliche Expertise in die EU. Dies stärkt den Wissenschaftsstandort, aber auch den Ruf und das Ansehen Europas als Kontinent des politisch gelebten Humanismus.

Europa zum Vorreiter in nachhaltiger Mobilität machen

Das europäische Eisenbahnnetz ist noch immer ein Flickenteppich mit zahlreichen Lücken an den nationalen Grenzen. Während man in Europa relativ einfach mit dem Auto über Grenzen fährt, müssen im Schienenverkehr oftmals Loks, Personal und Stromnetz gewechselt werden. Das kostet nicht nur Zeit, sondern macht den Zugverkehr insgesamt unattraktiver.

Deshalb müssen die unterschiedlichen nationalen Verkehrsnetze europaweit vereinheitlicht werden. Wir setzen uns ein für ein **gemeinsames Verkehrsnetz, mit gemeinsamen Standards, von Ticketsystemen und Bahnsteighöhen bis zu Sicherheitsstandards**. Nur wenn wir europäisch zusammenarbeiten, können wir mehr Personen- und Güterverkehr in der EU auf die Schiene verlagern.

Wir setzen uns für die **Wiederaufnahme europäischer Nachtzüge zwischen allen Metropolen** und einen **funktionierenden öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) für Pendler*Innen in der luxemburgischen Grenzregion** ein. Damit Europa auch über die große Distanz zusammenwachsen kann, müssen Züge auch für lange Strecken endlich die benutzerfreundlichste Option werden. Dies kann nur erreicht werden, wenn Zugverbindungen preislich und zeitlich attraktiver werden als Reisen mit dem Auto oder dem Flugzeug. Nur so wird es weniger Kurzstreckenflüge in Europa geben. Wir machen uns für ein europäisches **Hochgeschwindigkeitsbahnnetz stark, mit dem wir alle Hauptstädte verbinden, von Athen bis Helsinki, von Lissabon bis Bukarest.**

Um die Mobilität der Zukunft zu prägen, muss auch im Bereich der Individualmobilität angepackt werden. Dafür muss Europa den Wandel gemeinsam mit der Fahrzeugindustrie anpacken. Neue Automobilhersteller, Mobilitätsdienstleister und Digitalkonzerne aus den USA und China fordern die europäischen Hersteller heraus. Nur wer die saubersten, bequemsten und intelligentesten Mobilitätslösungen anbietet, kann internationaler Marktführer bleiben. Dabei geht es um unglaublich viel: Wertschöpfung, Arbeitsplätze, Klima- und Gesundheitsschutz.

Wir Grünen wollen den nötigen Technologiewandel vorantreiben: **weg vom fossilen Verbrennungsmotor hin zu abgasfreien Antrieben.** Dafür braucht es **ambitionierte europäische CO2-Grenzwerte für Neuwagen**, ein **europäisches Programm für den Ausbau der Ladeinfrastruktur** und eine **EU-weite Quote für abgasfreie Neuwagen.** Die bisher beschlossenen Klimaziele für den Verkehrssektor reichen nicht aus, um die Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen. Wir wollen die Europäische Verkehrsindustrie fit für die Zukunft machen und als Vorreiter bei der Verkehrswende etablieren. Deshalb wollen wir europäische „Leuchtturm“-Projekte schaffen (z.B. den ersten produktionsreifen Solar-Passagierflieger, das erste Null-Emissions-Schiff, klimaneutrale Stahlproduktion) und mit Geldern aus dem InvestEU-Programm unterstützen. Außerdem werden wir die europäischen CO2-Grenzwerte für Neuwagen weiter verschärfen und Anreize für kleine, saubere und sichere Fahrzeuge schaffen. Mit verbindlichen Zulassungsquoten bei der öffentlichen Beschaffung werden wir die Entwicklung von klimafreundlichen und sauberen LKWs, Bussen, Baumaschinen, sonstigen Nutzfahrzeugen, Traktoren, Schiffen, Hubschraubern und Flugzeugen fördern. Um die Verkehrssicherheit in Europa zu erhöhen werden wir Hersteller dazu verpflichten, Technologien in Fahrzeugen zu installieren, welche Geschwindigkeit begrenzen.

Außerdem wollen wir die **Batteriezellenproduktion europäisch unterstützen**, um beim sauberen Auto Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Europa zu schaffen. Die Förderung der Batteriezellenproduktion knüpfen wir an den **Ausbau von erneuerbarem Strom**, den **sparsamen Umgang mit seltenen Metallen**, die **Einhaltung von Menschenrechten und hohen Arbeitsrechtsstandards bei der Gewinnung der Rohstoffe** und eine **100% Recyclingquote für Batteriezellen.**

Auch den Flugverkehr und die Schifffahrt möchten wir auf einen nachhaltigen Kurs bringen. Wir wollen, dass die EU sich auf internationaler Ebene für **weitergehende Klimaziele für die Schifffahrt und den Flugverkehr** einsetzt. Wir setzen auf emissionsarme Kraftstoffe und eine klimaneutrale Schifffahrt. Die Forschung und Erprobung alternativer Antriebstechniken wollen wir fördern. Im Luftverkehr kommt es darauf an, faire Wettbewerbsbedingungen herzustellen. Internationale Flüge unterliegen keiner Mehrwertsteuer und Kerosin wird nicht besteuert. Um den Luftfahrtsektor beim Klimaschutz in die Verantwortung zu nehmen, wollen wir das ändern: wir unterstützen die gemeinsame Initiative europäischer Länder für die Einführung einer europaweiten Kerosin-Steuer. Wir wollen außerdem den internationalen Flugverkehr in den europäischen Emissionshandel einbeziehen. Im Schifffahrtsbereich unterstützen wir zielgerichtete Maßnahmen, die zu weniger Emissionen in den Häfen und auf den Weltmeeren führen. Wir setzen auf **europaweit verbindliche Vorgaben, wie z.B.**

weniger als 0,1% Schwefelanteil im Treibstoff oder eine **Verminderung von Stickstoffemissionen am Liegeplatz um 80%**.

Mit Europa Freiheit, Demokratie und Menschenrechte verteidigen

Wir verteidigen die Werte und Errungenschaften des vereinigten Europas. Dafür braucht es eine starke Gemeinschaft. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der friedlichen Revolution 1989 folgte 2004 mit der EU-Erweiterung ein neuer Meilenstein für das Friedensprojekt Europa. Städte und Länder wuchsen zusammen und damit auch ein Kontinent. Wir wollen Europa als starke Gemeinschaft erhalten und seine Einigung fortführen. Und wir werden dafür kämpfen, dass es ein rechtsstaatliches, freiheitliches und fortschrittliches Europa ist. Frieden, Sicherheit und Wohlstand gibt es nicht im Nationalen. Ein Europa, in dem nationale Grenzen wieder hochgezogen werden, würde gemeinsame Lebensräume trennen, Pendler*Innen im Stau stehen lassen und den Verkehr von Waren unterbinden. Das wäre nicht nur für die Menschen in den Grenzregionen, sondern für ganz Europa fatal.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 werden maßgeblich darüber entscheiden, wie sich die politische Laufrichtung in Europa weiterentwickelt. Für Arroganz und Selbstgewissheit ist da kein Raum. Mit Großbritannien verliert die Europäische Union zum ersten Mal in der Geschichte ein Mitgliedsland und wird wieder kleiner. Soziale und ökonomische Ungleichgewichte lassen die Lebensverhältnisse innerhalb der Europäischen Union weit auseinanderdriften. Neben prosperierenden und wachsenden Regionen verfestigen sich anderorts Armut und Frust, Menschen sind von sozialer Teilhabe abgehängt. Verlust- und Abstiegsängste, Enttäuschungen, der Mangel an Anerkennung sowie Zweifel daran, dass der Staat im Interesse aller und nicht nur im Interesse mächtiger Lobbys handelt, bieten dem Populismus und Nationalismus einen Nährboden. Zu viele Menschen verlieren den Glauben an den Rechtsstaat, weil er sie scheinbar alleine lässt: Frauen, die Gewalt erfahren, Angestellte, denen der Mindestlohn gedrückt wird, oder Gewerkschafter, die bei Amazon oder anderen gewerkschaftsfeindlichen Betrieben einen Betriebsrat gründen wollen.

Demokratie stärken

In einer ganzen Reihe europäischer Staaten werden Demokratie und Meinungsfreiheit immer stärker von den eigenen Regierungen angegriffen. Da sind auch die europäischen Parteifamilien in der Verantwortung: Wenn nun alle über Europas Werte reden, sollten diese in den Mitgliedsländern auch von den Mitgliedern der eigenen Parteifamilie eingehalten werden. Wir verteidigen den Rechtsstaat in Europa mit all unserer Anstrengung und lassen ihn nicht einreißen. Der Rechtsstaat, um den in den vergangenen Jahrzehnten gerade in den osteuropäischen Staaten so hart gerungen wurde, darf nicht wieder aufgegeben werden.

Ohne einen liberalen Rechtsstaat keine Demokratie. Wir stehen an der Seite der Menschen, die sich gegen den Abbau der Rechtsstaatlichkeit durch ihre eigenen Regierungen, gegen Korruption, für Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten einsetzen. Sie demonstrieren auch mit Europas Fahnen in der Hand und erwarten zu Recht, dass die EU ihre Rechte und ihre Freiheit verteidigt.

Die EU muss im eigenen Raum entschlossen vorgehen, wenn autoritäre Regierungen den Rechtsstaat abbauen wollen. Die EU hat bereits Instrumente dafür – so haben die EU-Kommission und der Europäische Gerichtshof dafür gesorgt, dass die polnische Regierung die Zwangspensionierung ihrer Verfassungsrichter wieder zurücknehmen musste. Doch angesichts

der aktuellen Herausforderungen sind weitere Instrumente nötig. Wir verteidigen die Werte und Errungenschaften des vereinigten Europas, dafür braucht es eine starke Gemeinschaft mit folgenden weiteren Schritten und Instrumenten:

Angesichts zunehmender Verstöße gegen Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte der EU, fordern wir ein unabhängiges Gremium aus Verfassungsexpert*Innen, das alle Mitgliedsländer regelmäßig auf die Einhaltung demokratischer Grundsätze hin überprüft – eine "Kopenhagen-Kommission". Sie soll Kriterien für die Überprüfung von Prinzipien wie Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte entwickeln, alle Mitgliedsländer jährlich anhand der Kriterien überprüfen und wenn nötig Sanktionen vorschlagen.

Zivilgesellschaften und unabhängigen Journalismus unterstützen

Demokratie kann ohne eine aktive politische Zivilgesellschaft und freie Medien nicht funktionieren. Mit einem Fonds für Demokratie- und Menschenrechtsverteidiger*Innen innerhalb der EU wollen wir den Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume entgegentreten sowie unabhängigen, investigativen Journalismus fördern.

Zudem streben wir die Einführung der Rechtsform eines "Europäischen eingetragenen Vereins" mit einer europäischen Gemeinnützigkeit an, um Nichtregierungsorganisationen europaweit der Willkür der Nationalregierungen zu entziehen und ihren Status europäisch zu schützen. So können jene, die sich hier für Demokratie einsetzen, unterstützt werden. Europäische gemeinnützige Vereine wären Rückenwind für die europäische Öffentlichkeit.

Fördermittel an die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundwerte binden

Europäische Ausgaben müssen auch europäischen Werten folgen. Deshalb schlagen wir vor, dass jenen nationalen Regierungen, die Rechtsstaatsprinzipien fundamental verletzen, die Verfügung über EU-Gelder entzogen wird. In solchen Fällen soll die EU-Kommission die Gelder künftig direkt an Kommunen und andere Fördermittelempfänger*Innen ausbezahlen. So wird den nationalen Regierungen die Vergabemacht entzogen, das Geld kommt aber weiterhin dort an, wo es gebraucht und sinnvoll verwendet wird.

Europäische Staatsanwaltschaft ausbauen

Die im Aufbau befindliche Europäische Staatsanwaltschaft kann perspektivisch als zentrale Ermittlungs- und Anklagebehörde eine entscheidende Rolle auch bei der Strafverfolgung von grenzüberschreitendem Terrorismus und organisierter Kriminalität einnehmen. Sie sollte nicht auf die Verfolgung von Betrug zu Lasten der EU beschränkt bleiben. Noch nehmen nicht alle Mitgliedsstaaten an der Europäischen Staatsanwaltschaft teil. Unser Ziel ist es, dass alle mitwirken. Damit würden wir Korruption, Terrorismus und organisierte Kriminalität effektiver bekämpfen.

Whistleblower*innen besser schützen

Menschen, die sich trauen, Korruption und Rechtsverstöße offenzulegen, müssen europaweit besser geschützt werden. Auf Drängen von uns Grünen hat die Europäische Kommission dafür einen Richtlinienvorschlag vorgelegt. Wir setzen uns für einen schnellstmöglichen Abschluss des Gesetzesverfahrens und die schnelle Übernahme der Schutzbestimmungen in nationales Recht ein.

Illegitime Einflussnahme verhindern

Die Versuche von außen, auf die demokratischen Willensbildungsprozesse in einzelnen EU-Staaten Einfluss zu nehmen, sind eine ernstzunehmende Bedrohung. Die Schaffung von Echokammern über Algorithmen ohne demokratische Kontrolle gefährdet den demokratischen Zusammenhalt. Mit einer europäischen Digitalaufsicht wollen wir die Marktmacht der großen Digitalkonzerne gemeinsam kontrollieren und begrenzen. Wir setzen uns dafür ein, dass politische Werbung im Internet und Microtargeting streng reguliert werden. Das umfasst unter anderem klare Vorgaben bezüglich eingesetzter Höchstbeträge und die Offenlegung und transparente Kennzeichnung von Werbung und parteipolitischer Information. Für die Empfänger*In muss jederzeit ersichtlich sein, auf welcher Grundlage sie/er welche Werbung erhält.

Demokratische Diskurse, politische Willensbildungsprozesse und Wahlen müssen effektiv geschützt werden. Es braucht Wege, die illegale Finanzierung solcher Aktivitäten über Vereine zu unterbinden. Denn mit diesen Geldern werden verfassungsfeindliche Bestrebungen in anderen Ländern finanziert. Missbräuchlich eingesetzte „social bots“ können Desinformationen gezielt und massenhaft verbreiten und so Relevanz von Fake News vortäuschen. Bei der notwendigen Bekämpfung wollen wir auch die Betreiber digitaler Plattformen in die Pflicht nehmen: Der Einsatz von Bots muss klar erkennbar sein. Auch hier bedarf es einer europaweit geltenden, verbindlichen Regelung.

Vertrauen in die Europäischen Institutionen wiederherstellen

Ohne ein geeintes Europa kann es in unserer globalisierten Welt weder Frieden, noch Wohlstand oder Sicherheit geben. Auch europäische Demokratien sind einzeln genommen nicht in der Lage großen multinationalen Konzernen ihre - oft auch stark abweichenden - nationalen demokratischen Entscheidungen aufzuerlegen.

Nur die Europäische Union verfügt über die Mittel, eine globale Triebfeder für Frieden und Menschenrechte zu werden, die Rechte der Bürger*Innen und Verbraucher*Innen zu schützen, auch um eine effektive Außenpolitik zu gewährleisten oder globale Steuergerechtigkeit zu erreichen, vor der auch große internationale Konzerne nicht Halt machen können. Damit Europa seinem Versprechen von Demokratie, Wohlstand und Rechtsstaatlichkeit gerecht werden kann, muss das Vertrauen der EU-Bürger*Innen in unsere europäische Demokratie wiederhergestellt werden.

1) Richtige Europawahlen für das Europäische Parlament

Obwohl das Europäische Parlament seit 35 Jahren direkt von den Bürger*Innen der Europäischen Union gewählt wird, leidet es immer noch an einer mangelnden Anerkennung seiner Legitimität. Die rechtliche Zersplitterung der Europawahlen durch 28 verschiedene nationale Wahlgesetze führt auch zu zersplitterten Listen und Programmen und einem komplett nationalen Rahmen für den Ablauf von Europawahlen. Für die Bürgerinnen und Bürger bleibt es schwer verständlich und nicht nachvollziehbar, dass Mitglieder derselben europäischen Parteienfamilie mit sich widersprechenden nationalen Programmen später im Parlament eine gemeinsame Fraktion bilden. Die Europäische Union braucht echte europäische Debatten!

Die Praxis der Auswahl von Spitzenkandidaten hat die Transparenz und Verantwortung der Parteien verbessert, jedoch ist eine weitere Harmonisierung der Wahlregeln erforderlich, einschließlich der Festlegung von Paritätskriterien. Ein zum Teil gemeinsames europäisches Wahlrecht sollte die Grundelemente aller Wahlsysteme umfassen und einen Teil der Sitze im Europäischen Parlament für die Kandidat*Innen von transnationalen und gesamteuropäischen

Listen reservieren. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, ein europaweites Wahlrecht ab 16 Jahren für die Europawahlen einzuführen.

2) Bürgerbeteiligung ernst nehmen

Das Versprechen, den Bürger*Innen durch die Europäische Bürgerinitiative (EBI) ein wirkliches Recht auf Gesetzgebungsinitiative auf Unionsebene zu gewähren, wurde bisher nicht vollends erfüllt. Aufgrund bürokratischer Hindernisse und enttäuschender Reaktionen vonseiten der Kommission wird die EBI von den Bürger*Innen noch immer nicht ausreichend genutzt.

Die bevorstehende Überarbeitung der EBI-Verordnung bietet eine einzigartige Gelegenheit, diese zu stärken und zu verbessern, damit EU-Bürger*Innen ihre Stimme in Zukunft direkt in die EU-Gesetzgebung einfließen lassen können. Die Überarbeitung sollte sicherstellen, dass die Prozedur vereinfacht wird, Menschen schon ab 16 bei einer EBI mitstimmen können und dass jede EBI die die nötigen Unterschriften (1 Million) sammelt, eine angemessene politische Antwort erhält.

3) Lobby-Einfluss kontrollieren

Aufgabe des Rechtsstaats ist es auch, die intransparente Einflussnahme mächtiger Interessengruppen auf politische Entscheidungen zu verhindern. Dies gilt gerade mit Blick auf die zahlreichen Interessenvertreter*Innen, die in Brüssel aktiv sind. Zwar besitzen das Europäische Parlament und die EU-Kommission ein Lobbyregister, aber dieses ist noch nicht ausreichend verbindlich. Um höchste Transparenz zu schaffen, wollen wir verbindliche Lobbyregister für alle EU-Institutionen, striktere Karenzzeiten und einen "legislativen Fußabdruck", durch den die Einflussnahme Dritter auf EU-Gesetzgebung überprüfbarer wird. Wir wollen die bestehende Verordnung über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten der EU zu einer umfassenden EU-Transparenzverordnung weiterentwickeln.

4) Den Rat der Europäischen Union transparenter machen

Die Positionen, die von den Vertretern der Mitgliedstaaten verteidigt werden, inklusive auf Ebene der Arbeitsgruppen des Rates, sollten öffentlich gemacht werden, damit Bürger*Innen, Medien und die Zivilgesellschaft die vertretenen Positionen besser nachvollziehen können. Auch die nationalen Parlamente wären durch diesen Zugang in ihrer Rolle gegenüber dem EU-Entscheidungsprozess gestärkt.

5) Luxemburg als Sitz der Europäischen Institutionen

Wir wollen die Attraktivität Luxemburgs als Sitz der europäischen Union erhalten. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass die nationalen Gegebenheiten und Lebenshaltungskosten stärker in der Gehälterstruktur der europäischen Institutionen einbezogen werden, unter anderem durch die Einführung eines Berichtigungskoeffizienten für EU-Beamte in Luxemburg. Außerdem wollen wir für EU- Beamte in Luxemburg einen gleichberechtigten Zugang zu Gesundheitsleistungen sicherstellen.

6) Ausschöpfung der Potenziale der Subsidiarität, durch ein konstruktives Bündnis der Parlamente

Entscheidungen sollten einerseits auf der bestgeeigneten Ebene getroffen werden, um sich wirksam diesen Herausforderungen zu stellen, und andererseits so nah wie möglich an den Bürger*Innen getroffen werden, um ein Höchstmaß an Legitimität zu garantieren.

Wir kämpfen für eine Europäische Union, in der die nationale Souveränität der Mitgliedstaaten zu einer stärkeren weil gemeinsamen Souveränität gebündelt wird, um so angemessen und demokratisch auf gemeinsame Herausforderungen wie Klimawandel, Sicherheit, Globalisierung oder Digitalisierung reagieren zu können, und in der zugleich das Subsidiaritätsprinzip beachtet wird. Damit die EU erfolgreicher werden kann, muss das Europäische Parlament enger und regelmäßiger mit nationalen und regionalen Parlamenten zusammenarbeiten. Gleichzeitig müssen letztere ihre europäischen Kenntnisse und Kapazitäten stärken. Eine Union kann nicht im Widerstand zu nationalen und regionalen Parlamenten errichtet werden. Wir müssen einen fairen und wirksamen Weg finden, um die parlamentarische Zusammenarbeit zu fördern.

Das derzeitige Subsidiaritätssystem, in dem die nationalen Parlamente neuen europäischen Gesetzesvorschlägen mit einer gelben Karte widersprechen können, funktioniert unserer Meinung nicht. Wir schlagen die Einführung einer Grünen Karte für nationale und regionale Parlamente vor. Ein solches System würde es den Parlamenten erlauben, konstruktiver in den Gesetzgebungsprozess einzuwirken und den Standpunkt ihres Mitgliedstaates im Rat und in der Eurogruppe zu überwachen.

7) Zukunft unserer Union

Wir erleben heute, dass es im institutionellen Rahmen der Europäischen Union in zu vielen Kernbereichen der Politik schwierig oder sogar unmöglich ist, gemeinsam Fortschritte zu erzielen, oft wegen fehlender Kompetenzen, mangelnder Ressourcen oder nationalen Vetos.

Um die europäische Demokratie zu stärken, wollen wir eine breite Diskussion über das zukünftige Europa und seine angemessene Form führen und einen verfassungsgebenden Bürgerkonvent einleiten. Es geht uns nicht um die Frage ob mehr oder weniger EU gebraucht wird, sondern um die Frage, wie Europa in einer globalisierten Welt seine Bürger*Innen schützt und deren Freiheit ermöglicht. Eine europäische Verfassung sollte die Grundrechte aller Bürger*Innen zusätzlich schützen, die europäischen Institutionen und ihre jeweiligen Zuständigkeiten definieren, alle rechtlichen Verfahren regeln und die Verteilung der Kompetenzen zwischen den verschiedenen Ebenen klären.

In diesem Rahmen wollen wir auch über eine Stärkung der Unionsbürgerschaft und den damit verbundenen sozialen und politischen Rechten diskutieren, um die politische Partizipation aller Bürger*Innen zu fördern.

Bildung und Austausch

Durch eine starke und engagierte Bildungspolitik investieren wir in die Zukunft junger Menschen in Europa. Sie stellt das Fundament für eine diverse und offene Zivilgesellschaft, eine vitale Wirtschaft und eine funktionierende Demokratie dar. Europa soll seine Vorreiterstellung in der Bildung wie in der Forschung ausbauen.

Wir wollen einen lebenslangen Zugang zur Bildung für alle Bürger*Innen, sei es im Rahmen einer Ausbildung, eines Studiums oder einer Fortbildung oder Umschulung. In diesem Sinne wollen wir den Bologna-Prozess weiter ausbauen und regelmäßig evaluieren, um Student*Innen Wechsel innerhalb europäischer Universitäten zu erleichtern, die studentische Mobilität und den Austausch zu fördern, sowie die bestehenden Programme auf Azubis ausweiten. Außerdem wollen wir das beliebte Erasmus+ Programm erweitern und stärken, um allen Menschen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern zu ermöglichen sich in einem anderen Land fortzubilden und dort zu leben.

Der europäische Solidaritätscorps unterstützt den transnationalen Austausch, die Vernetzung von Non-Profit Organisationen, sowie der europäischen Zivilgesellschaft und fördert den

interkulturellen Dialog junger Menschen. Durch diese Maßnahmen werden junge Menschen angeregt sich freiwillig zu engagieren oder Praktika zu machen. Diese Initiative ist begrüßenswert, darf jedoch nicht zu administrativ und komplex für Organisationen und Teilnehmer werden. Eine regelmäßige Evaluation muss stattfinden.

Die Grünen unterstützen die Forderung des Europäischen Jugendforums nach einer Qualitätscharta für Praktika. Junge Menschen dürfen nicht ausgebeutet werden, haben Recht auf eine faire Entlohnung und qualitative Erfahrungen im Job.

In dem Sinn begrüßen wir die bereits eingeführte Jugendgarantie, fordern jedoch, dass diese ernst genommen wird, und junge Menschen in sichere, faire und langfristige Qualitätsjobs orientiert werden.

Junge Menschen müssen die EU mitgestalten können und dürfen. Diese Möglichkeiten der demokratischen Mitgestaltung soll nicht nur während europäischer Wahlen gegeben sein, sondern muss systematisch passieren. Mitgestaltung an europäischem Policy Making und strukturierter Dialog mit jungen Menschen auf nationaler Ebene aber auch mit europäischen Jugendorganisationen muss systematisch stattfinden. In diesem Sinne fordern wir die Einrichtung einer Europäischen Zentrale für politische Bildung.

Über das kürzlich auf Vorschlag des Europäischen Parlaments ins Leben gerufene DiscoverEU-Programm, werden diesen Sommer zum ersten Mal zehntausende 18-jährige gratis mit dem Zug durch Europa reisen können. Im Sinne des Austausches und der Zelebrierung der europäischen Vielfalt sind wir natürlich starke Befürworter solcher europäischer Interrail-Programme. Sie ermöglichen es jungen Menschen kostenlos die Reisefreiheit in der EU hautnah zu erleben und sollten unbedingt weitergeführt und ausgebaut werden.

Ein Europa der Gleichberechtigung schaffen

Auf dem Weg zur vollständigen Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern haben europäische Vorgaben eine wichtige Rolle gespielt. Dennoch bleibt noch einiges zu tun, um Europa zu einem Kontinent der vollständigen Gleichberechtigung zu machen. In einer Zeit, in der einige Länder das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen indem sie die Rechte von Frauen auf sexuelle Selbstbestimmung beschneiden und die Geschlechterforschung infrage stellen, erklären wir uns solidarisch mit den Betroffenen und werden an ihrer Seite für ihre Rechte kämpfen.

Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung, selbstbestimmte Familienplanung und Zugang zu sicherer Verhütung muss für alle sichergestellt sein und darf insbesondere nicht von den finanziellen Möglichkeiten abhängig sein. Deshalb wollen wir den kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln stärken.

Zur Bekämpfung der ungleichen Bezahlung zwischen Frauen und Männern fordern wir eine europaweite Richtlinie, die Kriterien für die Vergleichbarkeit von Tätigkeiten festlegt und Transparenz über Löhne und Gehälter für alle schafft. Für Betroffene von Lohndiskriminierung fordern wir die Möglichkeit, mit der Unterstützung von Verbänden und Gewerkschaften klagen zu können. Zur Sicherstellung der Parität in Vorständen und Aufsichtsräten großer Firmen fordern wir eine Frauenquote bis zu dem Zeitpunkt, wo die Parität erreicht ist. Die Führungsgremien der EU-Institutionen müssen verpflichtend paritätisch besetzt werden.

Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedarf es einer Vereinbarkeitsrichtlinie, welche die Familien entlastet und ihnen einen gesunden Mix aus Erwerbs- und Familienarbeit sowie Freizeit und ehrenamtlichen Engagement ermöglicht.

Im Kampf gegen Gewalt an Frauen braucht es eine Richtlinie, mit welcher die Betroffenen besser geschützt werden indem der Grundsatz „Nein heißt Nein“ zum europäischen Standard

erhoben wird und Aufklärungskampagnen zur sexuellen Belästigung in der Öffentlichkeit, am Arbeitsplatz und in Schulen finanziell unterstützt werden.

Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und der wirtschaftlichen Ausbeutung dürfen nicht einfach in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden, sondern brauchen Schutzprogramme, ein dauerhaftes Bleiberecht und ihre Arbeits- und Sozialrechte müssen konsequent durchgesetzt werden. Zur Sicherstellung einer geschlechtergerechten Einsetzung der verfügbaren Gelder muss das europäische Budget einem jährlichen „Gleichberechtigungs-Check“ (= Gender-Budgeting) unterzogen werden.

Inklusive Gesellschaft fördern

Wir stehen für eine offene, tolerante und inklusive Gesellschaft, in der Menschenrechte und Chancengleichheit Selbstverständlichkeiten sind. Grün? Ja, aber vor allem bunt und vielfältig soll Europa bleiben. Wir sagen Nein! zu jeder Art der Diskriminierung und Ausgrenzung.

Wir werden auch weiterhin europaweit gegen jede Art von Diskriminierung kämpfen, sei sie aufgrund sexueller Orientierung, Geschlecht, Geschlechtsidentität, Behinderung, Religionszugehörigkeit, Alter, Nationalität oder ethnischer Zugehörigkeit. Wir fordern eine bessere Ausstattung der unabhängigen Gleichbehandlungsstellen und mehr Mittel für das europäische Programm für die Förderung von Vielfalt, um durch Aufklärung Diskrimination zu verhindern.

Wir setzen uns dafür ein, dass die 5. Antidiskriminierungsrichtlinie endlich beschlossen wird, um dringende Lücken im europäischen Antidiskriminierungsrecht zu schließen. Wir halten es für dringend notwendig, das Patchwork-System der Gleichbehandlungsrichtlinien und -verordnungen zu vervollständigen und ein umfassendes Diskriminierungsverbot umzusetzen.

Nach jahrzehntelangem Kampf für die „Ehe für alle“ dürfen nun in ungefähr der Hälfte der EU-Länder endlich gleichgeschlechtliche Paare heiraten. Weitere Mitgliedstaaten bieten die Möglichkeit einer eingetragenen Partnerschaft. Nur in sechs Mitgliedsstaaten ist noch keinerlei rechtliche Absicherung vorgesehen. Wenn Mitgliedsstaaten die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare oder die registrierte Partnerschaft nicht anerkennen, schränkt das de facto das Recht auf die freie Wahl des Wohn-, Aufenthalts- und Arbeitsortes ein. Wir kämpfen deshalb für die **EU-weite Anerkennung eingetragener Partnerschaften und gleichgeschlechtlicher Ehen**, als ersten Schritt auf dem Weg zur Öffnung der Ehe in ganz Europa.

Sogar wenn Gleichberechtigung auf dem Papier besteht, werden Menschen aufgrund ihrer sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität vielerorts noch immer noch abgewertet oder benachteiligt. In einigen EU-Mitgliedstaaten gibt es sogar sogenannte „Anti-Propaganda“-Gesetze, die Diskriminierung und Hass gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter* und Queer*Menschen fördern, indem etwa im Schulunterricht nicht mehr über Sexualität und Homosexualität gesprochen werden darf. **Wir stehen an der Seite der LGBTIQ+ in Europa, aber auch in der Welt und wollen, dass die Europäische Kommission hart gegen die Angriffe gegen ihre Gleichberechtigung vorgeht**, auch im Rahmen der gemeinsamen Außen-, Handels- und Menschenrechtspolitik der EU sowie in der Entwicklungszusammenarbeit. Um jegliche Gefährdung der Rechte der LGBTIQ+ Community vorzubeugen, erfordert es einer gründlichen Aufklärung an Europas Schulen.

Wir setzen uns zudem dafür ein, dass in **allen EU-Staaten Vornamen- und Personenstandsänderungen durch einen unkomplizierten Verwaltungsakt ermöglicht** werden. Eine Geschlechtszugehörigkeit kann schließlich nur von den betreffenden Menschen selbst festgelegt werden.

Barrierefreie Partizipation ermöglichen

Menschen mit Beeinträchtigungen müssen in allen Lebensbereichen – bei der Bildung und Erwerbsarbeit, beim Wohnen, bei Reisen und in ihrer Freizeit – den gleichen Zugang zur Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben haben wie Menschen ohne Beeinträchtigungen. Inklusion heißt, dass alle Menschen selbstbestimmt und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und niemand ausgegrenzt wird.

Noch **bestehende Barrieren aller Art müssen abgebaut werden**, Infrastrukturen, Transportmittel und Kommunikation müssen für alle zugänglich gemacht werden. Nachdem im vergangener Mandat endlich ein **European Accessibility Act** beschlossen wurde, setzen wir uns für die **schnelle Umsetzung in den Mitgliedstaaten ein, um private Anbieter von Waren und Dienstleistungen zum Abbau von Barrieren zu verpflichten**. Wir setzen uns für einen barrierefreien öffentlichen Raum ein, in dem Gebäude, Medien, Produkte, Dienstleistungen und Veranstaltungen für Alle zugänglich und nutzbar sind (Design for all). Dazu gehört auch die Einführung eines **einheitlichen und europaweiten EU-Behindertenausweises**, der gleichberechtigten Zugang zu bestimmten Vergünstigungen verschafft, hauptsächlich in den Bereichen Kultur, Freizeit, Sport und Verkehr.

Menschen mit Behinderungen müssen ein selbstbestimmtes Leben führen können und in Entscheidungen, die sie betreffen mit eingebunden werden. Deshalb setzen wir uns für ein **gleichberechtigtes Wahlrecht und eine zugängliche Politik** ein.

Mit Europa Verantwortung in der Welt übernehmen

Die internationale Staatenordnung befindet sich im Umbruch. Die USA kehren dem Multilateralismus den Rücken und werden ihrer Verantwortung als global agierende Weltmacht nicht mehr gerecht. Russland verletzt die territoriale Integrität angrenzender Staaten und hat sich vom Weg hin zu einer gefestigten Demokratie abgewendet. China gewinnt weltweit an Einfluss, hält sich nur bedingt an internationale Regeln und nutzt die neuen technischen Möglichkeiten im Kontext der Digitalisierung zum Aufbau eines Überwachungsstaats. Im Nahen und Mittleren Osten haben sich die durch den Arabischen Frühling aufgekommenen Hoffnungen auf Demokratisierung nicht erfüllt und Saudi-Arabien und Iran führen einen Stellvertreterkrieg um die Vorherrschaft aus.

In dieser Situation muss sich die EU beweisen. Als außenpolitische Akteurin, als Wertegemeinschaft, in der der Mensch mit seiner Würde, seiner Freiheit und seiner unveräußerlichen Rechten im Mittelpunkt steht – wissend, dass gerade in der Außenpolitik immer Kompromisse nötig sind und vielfältige Interessen ausbalanciert werden müssen. Will die EU bei der Reduzierung von Instabilität, der Bekämpfung von massiven Menschenrechtsverletzungen und der Beendigung von Krisen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft und darüber hinaus eine Rolle spielen, müssen ihre Mitgliedsstaaten im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik viel stärker kooperieren als bisher und mittelfristig mit einer Stimme sprechen.

Für eine feministische Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Entscheidungsprozessen ist längst überfällig. Deshalb setzen wir uns ein für eine verbindliche Frauenquote in Aufsichtsräten großer Firmen. Aber auch für die Führungsgremien der EU-Institutionen – wie zum Beispiel der Europäischen Zentralbank – muss eine paritätische Besetzung verpflichtend werden. Alle Parteien und nationale Regierungen sollen Maßnahmen für die gleichberechtigte Beteiligung von Männern und Frauen ergreifen, wie z.B. die Einführung paritätischer Wahllisten für die Europawahl.

Darüber hinaus muss die Europäische Union das Prinzip einer feministischen Außen- und Sicherheitspolitik und damit die Gleichberechtigung von Frauen, aber auch von Minderheitengruppen zu einer Leitlinie ihrer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik machen. Mit einer feministischen, menschenrechtsbasierten Außen- und Sicherheitspolitik ergänzen wir den traditionellen Sicherheitsbegriff um die menschliche Sicherheit und rücken damit die Bedürfnisse von Menschen statt Staaten in den Mittelpunkt.

Wir wollen die Rechte von Frauen weltweit fördern und Frauen als Akteurinnen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik stärken, sowie ihnen gleichwertigen Zugang zu sozialen, ökonomischen und politischen Rechten und Ressourcen zu garantieren.

Dafür wollen wir in der EU die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen auf allen Verhandlungs- und Umsetzungsebenen in den Organisationen der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik steigern. Damit durchbrechen wir die klassischen Strukturen im außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Bereich, zeigen neue Perspektiven, richten die Bereitstellung von Geldern neu aus und stellen bestehende Machtverhältnisse grundlegend infrage.

Der Schutz von Frauen und Minderheiten sowie deren Beteiligung an Friedensprozessen trägt in erheblichem Maße zur Wahrung von Frieden und Sicherheit bei. Wir wollen den UN-Sicherheitsratsbeschluss 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ und seine Folgeresolutionen mit Leben füllen, die Genderperspektive in sämtlichen außenpolitischen Bereichen und EU-Friedensoperationen verankern – und dieses Gesamtvorhaben langfristig finanziell unterfüttern. Ziel ist die Gleichbehandlung und -beteiligung aller in der zivilen Krisenprävention, in

Friedensverhandlungen und Friedensmissionen, in der Konfliktbearbeitung und beim Wiederaufbau nach Konflikten sowohl auf polizeilicher und militärischer Ebene.

Dafür soll die Beraterin des Auswärtigen Dienstes der EU für Gender ein eigenes Budget erhalten und dem Europäischen Parlament regelmäßig über die unternommenen Anstrengungen berichten. Wir wollen zudem, dass die EU alle ihr zur Verfügung stehenden außenpolitischen Instrumente nutzt, um der systematischen Diskriminierung von Frauen und Mädchen weltweit sowie sexualisierter und geschlechterbasierter Gewalt entgegenzuwirken.

Für eine partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit

Die europäische Kooperationspolitik muss sich an der Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren 17 globalen Nachhaltigkeitszielen orientieren. Hierfür braucht es eine kohärente Politik, die soziale, ökologische und wirtschaftliche Aspekte zusammendenkt. Handelspolitik darf beispielsweise nicht die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit torpedieren. Die EU soll obligatorische Sorgfaltspflichten für Unternehmen bei Wertschöpfungsketten auf alle Risikobereiche ausweiten, auch bei Textilien und Produkte, deren Anbau zu illegaler Abholzung führen kann, wie Soja, Palmöl oder Kaffee. Respekt von Menschenrechten bei unternehmerischer Tätigkeit in Entwicklungsländern müssten selbstverständlich sein. Die EU soll deshalb ihre Aufschiebehaltung bei den diesbezüglichen UN-Verhandlungen aufgeben.

Der Schutz von Biodiversität weltweit ist von zentraler Bedeutung um Artensterben zu verhindern und den Klimawandel abzuschwächen. Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, den weltweiten Verlust an Waldflächen bis spätestens 2030 aufzuhalten und die Abholzung der Tropenwälder bis 2020 um mindestens 50 % zu reduzieren. Wir setzen uns dafür ein, dass endlich ein Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen erstellt wird, um diese Ziele zu erreichen. In den Verhandlungen zum neuen integrierten EU-Instrument für Nachbarschaft, Entwicklung und internationale Zusammenarbeit werden wir uns dafür einsetzen, dass das vom Europäischen Parlament festgesetzte Ziel von 45 % Mitteleinsatz für Klimaaktionen, Umweltschutz und Biodiversität beibehalten wird.

Innerhalb der EU sind gentechnisch veränderte Organismen (GMO) in den allermeisten Fällen verboten. Allerdings unterstützt die EU vermehrt den Anbau von Monokulturen und den Einsatz von GMO in Entwicklungsländern. Dem wollen wir Einhalt gebieten und die Abhängigkeit von Bauern in Entwicklungsländern von skrupellosen Saatgutkonzernen beenden. Weiterhin sollen alle Staaten die Möglichkeit haben, eine eigenständige, ihren natürlichen und wirtschaftlichen Bedingungen angepasste, Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik zu betreiben, die ihnen Ernährungssicherheit gewährleistet.

Im Handelsbereich werden wir uns für eine Überprüfung der wirtschaftlichen Partnerschaftsabkommen (EPA) mit den AKP- Staaten einsetzen und gegebenenfalls für die Wiedereinführung unilateraler Handelspräferenzen für Entwicklungsländer.

Auch wenn die EU eine der größten Geldgeberinnen ist, investieren die meisten Mitgliedsstaaten noch immer nicht 0,7% ihres BIPs in die Entwicklungszusammenarbeit. Bei den finanzierten Projekten müssen nachhaltige Projekte wie der Ausbau von Erneuerbaren Energien und die agro-ökologische Landwirtschaft und die Stärkung von Frauen besonders im Fokus stehen. Darüber hinaus muss die EU sich stärker gegen Kapitalflucht und Steuervermeidung aus Entwicklungs- und Schwellenländern einsetzen.

Für eine Reform des Weltsicherheitsrats

Die aktuelle Struktur des Weltsicherheitsrats ist nicht mehr zeitgemäß und geht auf die geopolitische Lage der Nachkriegszeit zurück. Wir setzen uns deshalb für eine Reform ein, damit

alle Weltregionen angemessen vertreten sind. Im Sinne einer gemeinsamen europäischen Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik sollte die EU einen eigenen Sitz erhalten. Die Vetomöglichkeit im Sicherheitsrat wollen wir langfristig abschaffen und kurzfristig mit einem Begründungszwang belegen, besonders bei der Frage der Responsibility to Protect. Außerdem muss die Handlungsfähigkeit des Weltsicherheitsrats im Falle einer dauerhaften Blockadehaltung durch ein Mitglied gesichert werden. Bis dahin sollte im Falle einer anhaltenden Blockade des Sicherheitsrats die Generalversammlung der UN das Recht beanspruchen, nach dem Vorbild der „Uniting For Peace-Resolution 377“ von 1950 mit qualifizierter Mehrheit den Sicherheitsrat für blockiert zu erklären und an seiner Stelle friedens erzwingende Maßnahmen, also diplomatische Maßnahmen, Sanktionen oder militärische Maßnahmen, gemäß Kapitel VII der UN-Charta zu beschließen.

Für zivile und diplomatische Krisenprävention und Konfliktlösung

Generell muss die gemeinsame EU-Außen- und Sicherheitspolitik auf ziviler Krisenprävention und Konfliktlösung basieren. Dazu wollen wir den Europäischen Auswärtigen Dienst stärken. Ein ziviles Einsatzteam mit staatlichen und nichtstaatlichen Experten wie Polizisten, Juristen, Mediatoren oder Verfassungsexperten zur Entsendung in Krisengebiete soll geschaffen werden. Dabei müssen zivilgesellschaftliche Akteure eingebunden und die Friedensforschung stärker gefördert werden. Auch wollen wir die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) stärken. Dabei geht es darum, die Fähigkeiten der OSZE im Bereich ziviler Krisenprävention, Frühwarnung und Krisenbewältigung zu stärken – materiell und finanziell. Das Konzept der menschlichen Dimension von Sicherheit war und bleibt eine zentrale Errungenschaft der OSZE. Sie bildet den umfassenden Sicherheitsbegriff der OSZE ab und umfasst beispielsweise Aktivitäten in den Bereichen Medienfreiheit, Minderheitenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Nichtdiskriminierung. Dieses Engagement für die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Toleranz und Nichtdiskriminierung wollen wir unterstützen.

Zu einer Sicherheitsunion gehört auch eine verstärkte militärische Zusammenarbeit, wengleich der Einsatz von Militärgewalt immer nur infrage kommen darf, wenn alle zivilen Bemühungen gescheitert sind, und er im Einklang mit dem Völkerrecht steht. Einer stärkeren Kooperation im militärischen Bereich oder eine gemeinsame Anschaffung von Rüstungsgütern stehen wir positiv gegenüber, solange die zivilen Komponenten dadurch nicht vernachlässigt werden. Wichtig ist für uns, dass die gemeinsamen Verteidigungsprojekte und etwaige Missionen auch parlamentarisch durch das Europäische Parlament kontrolliert und regelmäßig evaluiert werden.

Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete müssen gestoppt werden. Um dies zu erreichen, brauchen wir eine effektive gemeinsame Rüstungsexportkontrolle in der EU. Hierbei müssen auch neue Bereiche der Kriegsführung wie autonome Waffensysteme miteingebunden werden. Denn Kampfdrohnen treiben eine grundlegende Veränderung und Entgrenzung der Kriegsführung voran, indem sie die Hemmschwelle zum Einsatz militärischer Gewalt senken. Wir setzen uns deshalb für starke internationale Regelungen für ein verbindliches Verbot von bewaffneten, unbemannten Systemen ein und wollen, dass die EU weiterhin für atomare Abrüstung eintritt.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Einhaltung der gemeinsamen Regeln für die Ausfuhrkontrolle von Militärtechnologie und Militärgütern überprüft und Verstöße strenger geahndet werden müssen. Im Rahmen der Überarbeitung der Dual-Use Gesetzgebung (für Güter, die sowohl zu zivilen als auch militärischen Zwecken genutzt werden) fordern wir die Einführung einer allgemeinen Menschenrechtsklausel. Damit soll sichergestellt werden, dass Europäische Exporte keine menschenverachtenden Regime unterstützen und dass Ausfuhren von Überwachungstechnik nicht Freiheit und Grundrechte gefährden.

Für einen fairen und offenen Welthandel

Der Austausch von Waren und Dienstleistungen trägt zum globalen Wohlstand und friedlichen Beziehungen zwischen den Ländern bei. Aber ungenügende Regulierung des globalen Handels und eine blinde Wettbewerbslogik zwischen den Staaten setzen bestehende Sozial- und Umweltstandards unter Druck. Wir fordern eine Ausrichtung der europäischen Handelspolitik, die den Menschen dient und Umweltschutz voranbringt. In Zeiten, in denen immer mehr Staaten auf bilaterale Handelsabkommen setzen, muss die EU proaktiv vorgehen, um globale Handelsregeln im Rahmen multilateraler Strukturen wie der Welthandelsorganisation (WTO) festzulegen. Dabei sollte die EU sich auf WTO-Ebene um soziale und ökologische Mindeststandards für die verschiedenen Wirtschaftsbranchen bemühen. Unsere Vorstellung einer Weltwirtschaftsordnung wird allerdings nur langfristig zu erreichen sein, weshalb wir uns kurz- bis mittelfristig bilateralen Handelsabkommen nicht verschließen.

Im Rahmen der TTIP-, CETA- und JEFTA-Verhandlungen haben die europäischen Grünen zusammen mit breiten Teilen der Zivilgesellschaft gegen deren Inhalt und die Art und Weise protestiert, wie diese zustande gekommen sind. Während TTIP verhindert werden konnte, haben wir bei CETA und JEFTA erreicht, dass private Schiedsgerichte, über die Investoren Staaten hätten verklagen können, verhindert worden sind und ILO-Kernarbeitsnormen respektiert werden. Aber auch diese beiden Abkommen genügen unseren Ansprüchen an eine nachhaltige Handelspolitik nicht. Diese beinhaltet verbindliche Sozial- und Umweltstandards, die Festschreibung des Vorsorgeprinzips, den Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge, die Verankerung des Pariser Klimavertrags und eine Mitentscheidung des EU-Parlaments bei der regulatorischen Kooperation. Letztere muss die Verbesserung bestehender Standards zum Ziel haben. Während des gesamten Verhandlungsprozesses müssen das EU-Parlament und die Zivilgesellschaft eingebunden werden.

Zur Beilegung von Rechtskonflikten fordern wir die Schaffung eines ständigen internationalen Handelsgerichtshofs, vor dem nicht nur Unternehmen klagen können, sondern auch Betroffene gegen die Verletzung menschenrechtlicher, sozialer und umweltrelevanter Verpflichtungen durch transnationale Unternehmen. Diese wollen wir gesetzlich zu mehr Verantwortung und Transparenz in Bezug auf ihre Lieferketten verpflichten sowie dazu, Menschen- und Arbeiter*Innenrechte einzuhalten und fairer und ökologischer Beschaffung den Vorrang zu geben. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass investitionsrechtliche Standards wie die „indirekte Enteignung“ und der Grundsatz der „gerechten und billigen Behandlung“ so definiert werden, dass sie das Recht des Staates nicht beeinträchtigen, legitime politische Ziele wie den Gesundheits- und Umweltschutz zu verfolgen. Darüber hinaus wollen wir, dass Kompensationszahlen, die im Rahmen einer festgestellten Diskriminierung geleistet werden, am tatsächlich entstandenen Schaden gemessen werden und nicht an den erwarteten Gewinnen.

Wir wollen im Handel auch die Interessen von kleinen und mittleren Unternehmen stärken und damit der Konzentration von wirtschaftlicher Macht entgegenwirken. Sie profitieren von Zollreduktion und einheitlichen technischen Standards.

Die gegenwärtige Handelspolitik der EU in Bezug auf Entwicklungsländer ist einseitig von wirtschaftlichen Interessen geleitet. Die derzeitigen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPAs) der Europäischen Union beinhalten den Abbau von Zöllen. Dadurch müssen die Entwicklungsländer billige Produkte importieren, welche ihre heimische Industrie, Handwerk und Landwirtschaft unter Druck setzen. Wir wollen diese Abkommen stoppen und zu einer echten Entwicklungspartnerschaft auf Augenhöhe unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft übergehen.

Für eine engagierte EU-Nachbarschaftspolitik

Wenn die EU ihre Rolle als Wertegemeinschaft und Friedensmacht ernstnehmen will, muss sie sich vor allem verstärkt für die Stärkung der Menschenrechte, der Freiheit, der Rechtsstaatlichkeit sowie sozialer und ökologischer Mindeststandards in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft einsetzen. Bei den europäischen Staaten muss das Ziel dabei immer bestehen, diesen die Perspektive für einen EU-Beitritt zu eröffnen. Mit dem Brexit entsteht jedoch ein neuer Zweig der EU-Nachbarschaftspolitik, da die Herausforderung nun darin besteht, freundschaftliche Beziehungen mit einem Staat beizubehalten, der das gemeinsame europäische Haus möglicherweise bald verlassen wird. Für uns ist ein EU-Austrittsabkommen nur akzeptabel, wenn die vier Grundfreiheiten (Freiheit von Warenverkehr, Dienstleistung, Personen- und Kapitalverkehr) innerhalb der Europäischen Union unangetastet bleiben, die offene innerirische Grenze beibehalten und die Rechte von Brit*Innen, die in der EU, oder EU-Bürger*Innen, die in Großbritannien leben, nicht angetastet werden.

Der EU-Beitrittsprozess ist für uns eine Erfolgsgeschichte. Die Staaten des Westbalkans (Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Kosovo, Albanien und Mazedonien) sollen in absehbarer Zeit der EU beitreten können, wenn sie die Bedingungen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Grundwerte und Pressefreiheit, Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität, Aufarbeitung von Kriegsverbrechen sowie der Beilegung von bilateralen Konflikten erfüllen.

Eine gute Partnerschaft mit den östlichen Nachbarn der EU ist im ureigenen Interesse Europas und wichtiger Baustein für Stabilität und Frieden in der Region. Die Östliche Partnerschaft der EU stärkt seit 2009 die Modernisierung, Demokratisierung und Durchsetzung von Menschenrechten in Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und der Ukraine. Daran wollen wir festhalten und sie weiter ausbauen mit dem Ziel einer Visaliberalisierung und einer eventuellen Beitrittsperspektive.

Russland hat mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und seinem militärischen Vorgehen in der Ostukraine und in Syrien zur Verschärfung internationaler Spannungen beigetragen. Die EU hat mit diplomatischen und wirtschaftlichen Sanktionen reagiert. Eine Lösung dieser Konflikte kann nur auf politischem und diplomatischem Wege erfolgen. In Bezug auf die Ukraine halten wir am Minsker Abkommen fest. Solange Russland das Völkerrecht missachtet, müssen die beschlossenen Sanktionen aufrechterhalten werden.

Dabei wenden wir uns gegen jede Verletzung der Grund- und Menschenrechte von Journalist*Innen, Oppositionellen und Minderheiten in Russland. Wir unterstützen das zivilgesellschaftliche Engagement und wollen proaktiv mit demokratischen Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Initiativen in Russland kooperieren. Die Einmischung Russlands in europäische Wahlkämpfe wollen wir proaktiv unterbinden. Bei allen Gegensätzen müssen wir immer offen für den gegenseitigen Dialog zur Beilegung der Konflikte sein.

In der Türkei fordern wir eine konsequente Unterstützung der demokratischen und proeuropäischen Kräfte, die trotz staatlicher Repressionen für eine weltoffene, demokratische Türkei kämpfen. Das europäisch-türkische Verhältnis muss deshalb neu gedacht werden. Über eine Ausweitung der Zollunion kann erst verhandelt werden, wenn die Türkei eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht. Alle Rüstungsexporte europäischer Mitgliedstaaten gehören beendet, ebenso wie die Beteiligung europäischer Unternehmen an Rüstungskonsortien in der Türkei. Auch wenn die Türkei sich immer mehr zur Diktatur entwickelt, lehnen wir einen Abbruch der Beitrittsgespräche ab, um die demokratischen und proeuropäischen Kräfte weiter unterstützen zu können.

Im israelisch-palästinensischen Konflikt setzen wir uns weiterhin für eine Zwei-Staaten-Regelung ein, um die Sicherheit des Staates Israel als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes und zum Wohle aller seiner Bewohner*Innen sowie die Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina auf der Grundlage der Grenzen von 1967 (Resolution 242 des UN-Sicherheitsrats) zu gewährleisten. Es kann nur eine gewaltfreie Lösung geben.

Seit sieben Jahren tobt ein grausamer Krieg in Syrien. Hunderttausende Menschen haben dabei ihr Leben verloren oder sind geflüchtet. Die EU muss sich proaktiv als Friedensvermittlerin einbringen, die Aufarbeitung der begangenen Verbrechen unterstützen und einen substantiellen Beitrag zur Verbesserung der humanitären Lage leisten. Solange der Krieg ungehindert fortgesetzt wird, müssen Sanktionen und Einreiseverbote gegen hochrangige syrische und russische Militärangehörige bestehen bleiben und ihre Konten in der EU eingefroren werden. Zudem müssen Waffenlieferungen, die den Krieg in Syrien befeuern, gestoppt werden.

Als engagierte Partei für eine atomwaffenfreie Welt begrüßen wir das Atom-Abkommen mit dem Iran und verurteilen die einseitige Aufkündigung durch den US-Präsidenten Trump. Die EU sollte sich bemühen, das Iran-Abkommen zu bewahren, um eine atomare Aufrüstung des Irans zu verhindern. Dabei darf nicht über die dramatische Menschenrechtssituation im Iran, die regelmäßigen Drohungen gegen Israel und seine Regionalpolitik hinweggesehen werden.

Beim verheerenden Stellvertreterkrieg im Jemen, der dazu geführt hat, dass 80% der Bevölkerung auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, muss die EU sich verstärkt bei der humanitären Versorgung einbringen. Auch sollte sie sich aktiv um die Beilegung des Konflikts bemühen. Alle Waffenexporte nach Saudi-Arabien, das eine entscheidende Rolle in diesem Krieg spielt, müssen eingestellt werden.

Für eine humane Asyl- und Einwanderungspolitik

Migration ist so alt wie die Menschheit. Die Geschichte Europas kann nicht erzählt werden ohne die vielen verschiedenen inner- und außereuropäischen Migrationsbewegungen, welche maßgeblich zur vielfältigen europäischen Kultur beigetragen haben, miteinzubeziehen.

Der Abbau der Grenzen innerhalb Europas und die Arbeitnehmer*Innenfreizügigkeit stellen Grundpfeiler der europäischen Integration dar. Doch vor allem das Erstarken von rechtspopulistischen Parteien in Europa führt dazu, dass diese infrage gestellt werden. Für uns sind die Menschenrechte von Asylsuchenden und Europas offene Grenzen, die vor allem bei jungen Menschen in Bezug auf Europa zu einem ganz neuen europäischen Heimatgefühl beigetragen haben, nicht verhandelbar. Wir treten für eine Europäische Union ein, die ihre humanitäre Verantwortung, das Grundrecht auf Asyl, den ungehinderten Zugang für Schutzsuchende und die Notwendigkeit, Verfahren nach völkerrechtlichen Standards fair, zügig und geordnet durchzuführen, zusammenbringt.

Wir stehen für ein Europa, das Menschen, die vor Krieg, Hunger, Verfolgung und Gewalt fliehen müssen, Schutz gewährt, anstatt sich mit Hilfe von Autokratien und Militärdiktaturen abzuschotten. Ein Europa, das legale Fluchtwege und Einwanderungsmöglichkeiten bietet. Ein Europa, das Asylsuchenden ein faires Verfahren und eine menschenwürdige Unterbringung garantiert und seine Grenzen kontrolliert. Ein Europa, das Fluchtursachen und nicht Flüchtlinge bekämpft. Ein Europa, das das Sterben im Mittelmeer beendet.

Momentan können nur hochqualifizierte Arbeitskräfte über das europäische Migrationsrecht einwandern. Menschen ohne hohe Abschlüsse versuchen deshalb oft erfolglos, über das Asylsystem einzuwandern. In Zeiten des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels ist Europa jedoch auf die Talente dieser Menschen angewiesen. Wir setzen uns für ein europäisches Einwanderungsrecht ein, welches gemeinsame Regeln für eine sichere und legale

Einwanderung von Menschen mit verschiedenen Qualifikationsniveaus und deren Familien festlegt. Grundlage dafür soll der UN-Migrationspakt (Global Compact for Migration) sein.

In diesem Kontext muss der Kampf gegen prekäre Arbeitsverhältnisse, von denen Migrant*Innen überproportional betroffen sind, z.B. in der Lebensmittelindustrie oder dem Baugewerbe, intensiviert werden. Neben der konsequenten Anwendung der EU-Richtlinie zu Sanktionen gegen Arbeitgeber*Innen fordern wir die Einrichtung von Beschwerdestellen, an die sich Whistleblower*Innen und Opfer von Ausbeutung, auch anonym, wenden können.

Um zu verhindern, dass Geflüchtete sich in die Hände von skrupellosen Schleppern begeben und im schlimmsten Fall im Mittelmeer ertrinken, müssen legale Fluchtwege geschaffen werden. Dies kann über das Resettlement-Programm des Flüchtlingswerks der Vereinten Nationen (UNHCR), durch die Erteilung von humanitären Visa und die Gewährung der Familienzusammenführung geschehen. Zur Beendigung des Massensterbens im Mittelmeer fordern wir den Aufbau eines europäisch organisierten und finanzierten zivilen Seenotrettungssystems. Wir wehren uns gegen die Kriminalisierung zivilrechtlicher Seenotrettungs- und Flüchtlingsorganisationen, die sich ehrenamtlich um die Rettung der betroffenen Menschen kümmern.

Zur Gewährung einer humanen Asylpolitik ist die Kontrolle der EU-Außengrenzen und die Registrierung der ankommenden Menschen unerlässlich. Letztere ermöglicht den sicheren Zugang zu einer guten Erstversorgung sowie zu einem fairen, nach völkerrechtlichen Standards ausgerichteten Asylverfahren in Europa. Unsere Vorstellung eines europäischen Grenzkontrollregimes besteht nicht in der einseitigen Aufrüstung von Frontex, sondern einem gemeinsamen, koordinierten Vorgehen zum Schutz der Menschenrechte, weshalb zudem die EU-Asylbehörde in ihren Befugnissen so erweitert werden muss, dass sie gemeinsam mit den Mitgliedstaaten für eine schnelle Registrierung, eine humane Erstunterbringung mit medizinischer Versorgung und die anschließende schnelle und faire Verteilung sorgt.

Wenn sich die EU-Staaten weiterhin nicht auf ein gemeinsames Vorgehen bei der Verteilung von Geflüchteten einigen, müssen die Staaten, welche dazu gewillt sind, vorangehen. Kommunen und Regionen, die Geflüchtete aufnehmen, sollen Fördergelder aus einem zu schaffenden kommunalen Integrationsfonds erhalten. Es muss Sorge für eine umfassende finanzielle, infrastrukturelle und personelle Ausstattung dieser europäischen Erstaufnahmeeinrichtungen getragen werden. Eine menschenrechtsorientierte Asylpolitik steht für uns nicht im Einklang mit den Bestrebungen, abgesperrte Massenlager in der EU, Transitzone und europäische Außenlager in Drittstaaten zu schaffen sowie Abschottungsabkommen, mit denen Menschen in Drittstaaten zurückgeschickt werden, in denen die Menschenrechte oft mit Füßen getreten werden, zu schließen. In diesem Sinne wollen wir den EU-Türkei-Deal aufkündigen. Die Einstufung von Staaten als sichere Herkunftsländer lehnen wir ab.

Während es vor allem die Industrienationen sind, die im letzten Jahrhundert durch ihre massiven Treibhausgasemissionen zum Klimawandel beigetragen haben, so sind die Folgen dieses Klimawandels vor allem in Entwicklungsländern und Inselstaaten zu spüren. Dabei handelt es sich um einen Teufelskreis: Dürren und Überschwemmungen, welche durch den Klimawandel öfter und intensiver auftreten, erhöhen das Armutsgefälle zwischen globalem Norden und Süden, woraufhin die Verwundbarkeit gegenüber den Katastrophen sich erhöht.

Wie im Pariser Klimaabkommen festgehalten, ist es deshalb notwendig, dass die EU die betroffenen Länder technisch und finanziell unterstützt, um eine Anpassung an die Klimakrise und die Bewältigung ihrer Folgen zu ermöglichen. Dazu gehört auch, dass die EU diesen Menschen eine würdevolle Migration ermöglicht, innerhalb ihres Landes, in ihrer Region und gegebenenfalls auch nach Europa. Dies könnte durch die Ausstellung eines Klimapasses geschehen, welche jene Bewohner*Innen aus Regionen und Inselstaaten erhalten, deren Heimat durch den Klimawandel bedroht ist.

Mit Europa für Tiere und Tierrechte eintreten

Die Europäische Union verfügt über zahlreiche Tierwohlverordnungen zu bestimmten Tieren (z.B. Legehennen, Kälber) oder zu bestimmten Bereichen ihrer Nutzung (z.B. Transport und Schlachtung). Diese Gesetze haben in einigen Bereichen positive Änderungen gebracht und dies begrüßen wir. Jedoch setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass die noch zahlreich bestehenden Lücken in der Tierschutz- und Tierwohlgeseztgebung endlich geschlossen werden.

Längst hinfällig ist ein umfangreiches europäisches Tierschutzgesetz, das gewährleistet, dass die Würde der Tiere überall in Europa sichergestellt wird. Längst überfällig ist auch eine Gesetzgebung auf EU-Ebene, welche spezifische Standards für die Haltung von, unter anderem, Masthühnern, Milchkühen, Kaninchen und Fischen festsetzt.

Wir kämpfen für das Ende von Praktiken, die nicht notwendig und mit dem Wohl der Tiere nicht vereinbar sind, so beispielsweise die Zwangsfütterung, das Halten von Tieren für ihren Pelz oder die Nutzung exotischer Tiere in der Unterhaltungsbranche. Bei Ausstellungs-, Sport- und Unterhaltungsaktivitäten muss die artgerechte Haltung und das Tierwohl domestizierter Tierarten garantiert werden.

Bei bestehender Gesetzgebung setzen wir uns, zusammen mit den europäischen Grünen, für eine verbesserte Umsetzung der Tierschutz und Tierwohlvorgaben ein. Hierzu gehören verstärkte und effizientere Kontrollen und konsequente und harte Strafen bei der Nicht-Einhaltung der Vorgaben.

Ende der Intensiv- und Massentierhaltung einleiten

Viele Tiere in der EU werden gehalten, um getötet und gegessen oder als Bekleidung getragen zu werden. Dennoch haben sie als fühlende Wesen ein Recht auf ein artgerechtes und leidfreies Leben. In der industriellen Haltung und vor allem in der Massentierhaltung, werden die Tiere jedoch zu Rohstoffen degradiert und ihre Bedürfnisse nicht beachtet.

Im Rahmen der Reform der EU-Agrarpolitik fordern wir ein Umdenken bei der intensiven Tierhaltung: weniger Tiere und bessere Haltungsbedingungen. Gängige Haltungssysteme müssen hinterfragt werden. Wir wollen, dass riesige Hangars voller geschwächter Tiere und der massenhafte Einsatz von Antibiotika in der Branche der Vergangenheit angehören. Nur Formen der Tierhaltung, die das Wohl der Tiere garantieren können und Betriebe, die sich an hohe Tierschutzanforderungen halten, sollen gefördert werden.

Nicht artgerechte Tierhaltungssysteme, wie zum Beispiel die Haltung von Tieren auf engstem Raum oder kargen Betonböden, müssen von Subventionen ausgeschlossen werden. In dem Sinne unterstützen wir aktiv die EU-weite "Bürgerinitiative zur Beendigung der unzeitgemäßen Käfighaltung" („End the cage age“).

Haltungssysteme und Betriebe, in denen Tiere etwa ohne Betäubung kastriert werden oder ihnen der Schnabel oder der Schwanz beschnitten wird, müssen von jeglicher Unterstützung durch EU-Fördergelder ausgeschlossen werden. Wir setzen uns ein für eine zukünftige EU-Agrarpolitik, die Landwirte dazu anregt, auf tierfreundlichere Haltungssysteme umzusteigen und die sie dabei finanziell und fachmännisch unterstützt. Wichtig ist für uns deshalb auch die Einführung eines harmonisierten EU-Labels für Tierwohl, das tierfreundliche Landwirtschaft auszeichnet und damit Konsumenten ermöglicht, dem Markt klare Signale zu geben.

Tiertransporte reduzieren und Lebendexporte beenden

Wir sagen nein zu 'Schlachttourismus', endlosen Fahrten in überfüllten Lastern und routinierten Verstößen gegen gesetzliche Tierwohlstandards. Für uns ist klar: je weniger Tiertransporte, desto besser. Geschlachtet soll so nah wie möglich und nicht so billig wie möglich werden. Falls Transporte nicht vermieden werden können, müssen sie so stressfrei und artgerecht wie möglich verlaufen.

Tierschutzverbände, erfahrene Veterinäre und Experten des Europäischen Gerichtshofs bestätigen jedoch: Verstöße gegen die bereits bestehende EU-Gesetzgebung zum Schutz der Tiere bei Transporten sind weit verbreitet. Unangepasste und überfüllte Transporter, überzogene Fahrtzeiten und geschwächte Tiere sind die Regel. Tierschutz darf nicht an nationalen Grenzen enden. Diese Verstöße müssen EU-weit durch häufigere und effizientere Kontrollen erfasst und geahndet werden.

Eine verbesserte Umsetzung der Verordnung von 2005 zum Schutz der Tiere beim Transport reicht uns jedoch nicht, wir wollen eine Erneuerung dieser Verordnung, mit strengeren Regeln und verbesserten Transportbedingungen. Der **Transport von Jungtieren oder geschwächten Tieren, die nicht selbstständig Nahrung und Flüssigkeit zu sich nehmen können**, muss **verboten** werden.

Auch die Transportzeiten müssen drastisch reduziert werden und EU-weit auf **maximal vier Stunden Fahrtzeit** begrenzt werden. In dem Sinne ist es notwendig, regionale Schlachtstätten und mobiler Schlachteinrichtungen, sowie regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen zu fördern. **Exporte** lebender Schlacht-, Zucht- oder Masttiere in Länder **außerhalb der EU müssen beendet** werden.

Ausstieg aus den Tierversuchen fördern

Dank einer starken Zivilgesellschaft und unserem Kampf im Europaparlament sind Tierversuche in der Kosmetikindustrie verboten. Dennoch bleibt viel zu tun. Wir streben eine Erweiterung dieses Verbots in zusätzlichen Wirtschaftsbereichen an, zum Beispiel in der Chemikalienprüfung.

In der medizinischen Forschung müssen Tierversuche dort, wo es bereits Alternativen gibt, verpflichtend durch diese ersetzt und das 3R-Konzept (Replace, reduce, refine) konsequent appliziert werden. Zu einer weitsichtigen Ausstiegsstrategie aus den Tierversuchen gehört auch eine verstärkte Förderung und Zusammenarbeit für eine ambitionierte Erforschung von Alternativen, insbesondere weil die Ergebnisse von Tierversuchen oft keine Schlussfolgerungen über die Impakte auf die menschliche Gesundheit zulassen.

Mehr Schutz für Haus- und Straßentiere garantieren

Auch Haus- und Straßentieren steht ein würdiges, schmerzfreies Leben zu. Leider ist dieses Recht noch in großen Teilen der EU nicht gesichert. Wir fordern ein Verbot der Tötung von streunenden Katzen und Hunden und die Förderung von Maßnahmen im Bereich der Geburtenkontrolle, etwa der Kastration. Die Kennzeichnung und Registrierung von Hunden und Katzen muss verbindlich werden.

Angesichts der starken Unterschiede in den nationalen Gesetzgebungen zu Hunderassen die mancherorts als gefährlich eingestuft sind, und den Schwierigkeiten, die dies für Hundehalter in der EU mit sich bringen kann, ist eine gemeinsame Herangehensweise notwendig.

Wir setzen uns für ein EU-weites Verbot jeder Form der Qualzucht ein. Es ist nicht hinnehmbar, dass unnötige Schmerzen und Fehlbildungen bei den Tieren aus ästhetischen oder wirtschaftlichen Gründen in Kauf genommen werden.

Wildtiere schützen

Wir wollen Wildtiere besonders beschützen, indem wir ihre Habitate und Zuggebiete schützen (Richtlinie 2009/147/EG über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten) und internationale Arten- und Naturschutzabkommen konsequent umzusetzen (z. B. das Washingtoner Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen, kurz CITES).

Die Artenvielfalt in unseren heimischen Wäldern wollen wir erhalten und fördern, auch durch die Sensibilisierung der Bevölkerung und die Unterstützung von Alternativen zur Regulierung des Wildbestandes. Die Rückkehr von Luchs und Wolf in die Landschaften der EU begrüßen wir, und den besonderen Schutzstatus dieser Arten wollen wir erhalten und verteidigen. Um ein friedvolles Zusammenleben zu ermöglichen und Mensch-Wildtierkonflikte zu vermeiden, setzen wir uns ein für die Förderung guter Programme zum Management des Wolfes und anderen Raubtieren. Tiere kennen keine Grenzen, deshalb müssen europaweit strenge Gesetze gegen Wilderei herrschen, damit der Wildtierbestand gleichermaßen geschützt wird.

Wir setzen uns dafür ein, dass die EU sich auf globaler Ebene noch stärker für den Schutz der Wildtiere, inklusive der Meeressäuger, einsetzt. Hierzu gehört die Bekämpfung der Wilderei und des illegalen Wildtierhandels und das Verbot des Importes von Jagdtrophäen in die EU. Für Arten, die selbst in zoologischen Gärten nicht artgerecht gehalten werden können, wollen wir den Import beenden.

Wir denken, es ist an der Zeit zu erkennen, dass die Ära der Nutzung von Wildtieren in der Unterhaltungsbranche (z.B. im Zirkus oder im Zoo) ihrem Ende zugeht und wir werden uns dafür einsetzen, dass dieser Wandel im Rahmen der EU anerkannt und unterstützt wird.

Mit Europa die Agrarpolitik grüner machen

Wie und was in der Landwirtschaft produziert wird und auf unseren Tellern landet, hat einen großen Einfluss auf unsere Gesundheit, die Umwelt, und die Tierwelt.

Wir setzen uns für eine Ökologisierung der Landwirtschaft ein: sie muss klimafreundlicher und nachhaltiger gegenüber unseren natürlichen Ressourcen werden. Die Landwirtschaft, eine der Hauptbetroffenen der Klimakrise, ist selbst für einen nicht geringen Anteil des Ausstoßes klimaschädlicher Gase verantwortlich, kann jedoch auch eine wichtige Verbündete im Kampf gegen die Erderwärmung sein. Ähnliches gilt für den Erhalt sauberen Wassers, der Bodenfruchtbarkeit und der Biodiversität.

Trotz regelmäßiger Reformen und 'grünen' Versprechen liefert die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nicht die notwendigen Resultate. Sie fördert eine immer intensivere Landwirtschaft, Monokulturen und Massentierhaltung, die dazu beitragen, dass europaweit fruchtbare Böden verloren gehen, dass das Artensterben ungebremst weitergeht, dass der Pestizideinsatz ungemindert hoch bleibt und dass Tiere immer mehr zu bloßen Rohstoffen degradiert werden.

Deshalb setzen wir uns für eine richtige Wende in der Agrar- und Ernährungspolitik ein. Im Rahmen der zukünftigen EU-Agrarpolitik müssen alle drei Pfeiler der Nachhaltigkeit berücksichtigt werden: wir wollen nur Landwirtschaftsmodelle fördern die wirtschaftlich, sozial und umweltpolitisch Sinn machen. **Diversität statt Monokultur. Qualität statt Masse.**

Wir kämpfen für eine Agrarpolitik, welche die Landwirtschaft in der EU zukunftsfähig macht. Es ist höchste Zeit für eine Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik nach sozialen und ökologischen Kriterien. Der Schutz von Klima, Tieren, Boden, Wasser und Artenvielfalt muss im Mittelpunkt dieser neuen Politik stehen und sie muss in Einklang sein mit den Zielen der Klima-, Umwelt-, Verbraucher- und Entwicklungspolitik der EU.

Europäische Agrarpolitik soll dazu beitragen, dass die Konsum- und Produktionsstrukturen in Europa nicht die natürlichen Ressourcen und die Lebensgrundlagen bei uns in Europa oder in Entwicklungsländern zerstören, indem EU-Agrarprodukte zu Dumpingpreisen die Märkte Afrikas, Asiens und Lateinamerikas überfluten. Wir benötigen eine gerechtere Verteilung öffentlicher Gelder, einschließlich großzügigerer Unterstützung der Kleinbauern. Die bisher überwiegend an der Fläche geknüpfte Förderung, die vor allem großindustriell wirtschaftenden Betrieben zu Gute kommt, soll abgeschafft werden.

So wie eine Mehrheit der EU-Bürger, finden wir, dass die hohen Agrar-Subventionen nur ausbezahlt werden sollten, wenn Produktionsmethoden im Einklang mit den Bedürfnissen der Allgemeinheit nach sauberem und gesundem Essen, sowie starkem Natur- und Klimaschutz sind. Die Vorgaben für diese Leistungen und einzuhaltenden Umwelt- und Sozialstandards müssen auf EU-Ebene klar definiert werden, damit die Mitgliedstaaten nicht um den niedrigsten Standard konkurrieren.

Unterstützung der Betriebe gezielt stärken

Grüne Landwirtschaftspolitik stellt natürlich auch die Bauernbetriebe in den Mittelpunkt, die vielerorts das Rückgrat ländlicher Regionen bilden, indem sie Arbeitsplätze schaffen und die regionale Kultur fördern.

Landwirte stehen heute oft durch die Ausrichtung der EU-Agrarpolitik und dem Preisdumping durch Supermarktketten unter einem existentiellen Druck und sind zu oft Perspektivlosigkeit ausgesetzt. Wichtig ist, Landwirte bei ihren Bemühungen für sauberes Wasser und Naturschutz, nachhaltige Produktionsmethoden und stärkeren Tierschutz zu unterstützen.

Bäuerinnen und Bauern brauchen genügend Unterstützung, um gesunde und hochwertige Lebensmittel für Mensch und Tier zu produzieren, um die Landschaft zu pflegen, um unsere gemeinsamen natürlichen Ressourcen wie Boden, Luft und Wasser zu schützen und um das Tierwohl zu garantieren.

Die Ausbildung und Weiterbildung der Landwirte muss an moderne Herausforderungen und neue Vorgaben angepasst werden, und so müssen auch Beratungsdienste aufgestockt und verbessert werden. Darüber hinaus wollen wir im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik großzügige Fördermittel für die Unterstützung von Junglandwirten und Quereinsteigern reservieren.

Zugang zu Boden sichern

Ländliche Regionen müssen geschützt und belebt, und nicht bloß Stück für Stück von Konzernen aufgekauft werden.

Das bisher hauptsächlich in Entwicklungsländern um sich greifende Landgrabbing wird zunehmend auch in Europa zum Problem. Privatpersonen und Großinvestoren entdecken Ackerland als sichere Kapitalanlage. Für die ländlichen Regionen hat das fatale Auswirkungen: Für bestehende bäuerliche Betriebe oder Existenzgründer*Innen ist es kaum noch möglich, zu fairen Preisen Land zu erwerben oder zu pachten.

In der zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik wollen wir bäuerliche Betriebe besser vor großen Agrarkonzernen und Bodenspekulation schützen, etwa durch verpflichtende Obergrenzen für Agrarzahungen, mehr Geld für die ersten Hektare, Monitoring der Preise durch eine europäische Beobachtungsstelle. Auch für Quer- und Neueinsteiger in die Landwirtschaft soll der Zugang zu Boden leichter gemacht werden, damit sowohl neue, als auch bestehende Betriebe nicht an den hohen Bodenpreisen scheitern.

Gesundes Essen herstellen – Biologisch, regional und nachhaltig

Verbraucher*Innen wollen gutes und sicheres Essen ohne Gentechnik, Antibiotikarückstände und Trickerei. Angesichts der etlichen Skandale der letzten Jahre (z.B. der Belastung von Eiern mit dem Pestizid Fipronil) muss die EU verstärkt und transparenter handeln um die Lebensmittelsicherheit im Binnenmarkt zu verbessern und das Vertrauen der Verbraucher*Innen zurück zu gewinnen.

Wir wollen ein Umfeld schaffen, in dem es leicht ist, sich gesund und nachhaltig zu ernähren. Deshalb setzen wir uns für die Volldeklaration aller Inhaltsstoffe, sowie für eine leicht verständliche Nährwertampel (mit der die Verbraucher*Innen auf einen Blick über die wichtigsten Nährwerte von Lebensmitteln informiert werden) und eine Reduktion von Zucker, Salz und Fett in hochverarbeiteten Lebensmitteln ein. Um die Konsumenten optimal über die Produktionsprozesse zu informieren, wollen wir eine obligatorische Tierhaltungs- und Gentechnik-Kennzeichnung auf allen Produkten.

Wir setzen uns für die Förderung einer pflanzenbasierten Ernährung ein. Ein verringerter Konsum von Fleisch und anderen Tierprodukten ist ein wirksames Mittel gegen Klimawandel, Zivilisationskrankheiten, Tiermisshandlung und Ressourcenausbeutung und dies muss EU-weit anerkannt und unterstützt werden. Hierzu gehört auch die Einführung bindender EU-Kennzeichnungsvorschriften für vegetarische oder vegane Produkte, wie sie auch die EU-Bürgerinitiative für vegetarische und vegane Labels fordert.

Außerdem kämpfen wir gegen Lebensmittelverschwendung, unter anderem durch Sensibilisierungskampagnen, den Ersatz des Mindesthaltbarkeitsdatums durch ein

Verzehrdatum und die Pflicht für große Supermärkte ihre nicht verkauften Lebensmittel zu spenden oder in andere Produkte (z.B. Tierfutter) zu recyceln.

Pestizide konsequent reduzieren und Gentechnik verbieten

Monokulturen, Überdüngung und übermäßiger Pestizideinsatz haben europaweit zur Zerstörung von Lebensräumen und zu einem drastischen Rückgang der Bienen- und weiterer Insektenpopulationen geführt. Dadurch ist die natürliche Bestäubungskette vielerorts beschädigt und die Ökosysteme geraten zunehmend unter Druck. Wir wollen den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft drastisch reduzieren, beispielsweise indem wir die giftigsten Pestizide sofort verbieten – darunter auch alle Neonikotinoide, sowie Substanzen mit denselben oder ähnlichen Wirkungsmechanismen, denn sie schaden unseren Insekten und Bienen massiv.

Wir setzen uns für ein **europaweites Ende des Totalherbizids Glyphosat** ein. Die Zulassungsverfahren für Pestizide wollen wir auf Basis eines gestärkten Vorsorgeprinzips reformieren und transparenter machen. Es braucht dringend eine unabhängige Risikobewertung sowie strengere Kontrollmechanismen. Wir wollen, dass kurzfristig möglichst viele chemisch-synthetische Pestizide und Düngemittel durch naturverträgliche, erfolgreich getestete Alternativen ersetzt werden. Wir setzen uns für ein europaweites Ende des Verkaufs von Pestiziden an Privatpersonen ein. Wir wollen nachhaltige Produktionsweisen und natürliche und umweltschonende Alternativen, die in der biologischen Landwirtschaft zugelassen sind, stärker fördern.

Der Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft führt zu einem Verlust an Biodiversität und landwirtschaftlicher Vielfalt und trägt zum Ausbau der Monopole großer Agrarkonzerne bei, zum Nachteil der Freiheit und Sicherheit der Verbraucher*Innen. Wir stehen weiterhin für ein konsequentes Verbot von Gentechnik in der Landwirtschaft und in unserem Essen. Auch neue Methoden (zum Beispiel CRISPR) dürfen aus Rücksicht auf das Vorsorgeprinzip nicht zugelassen werden.